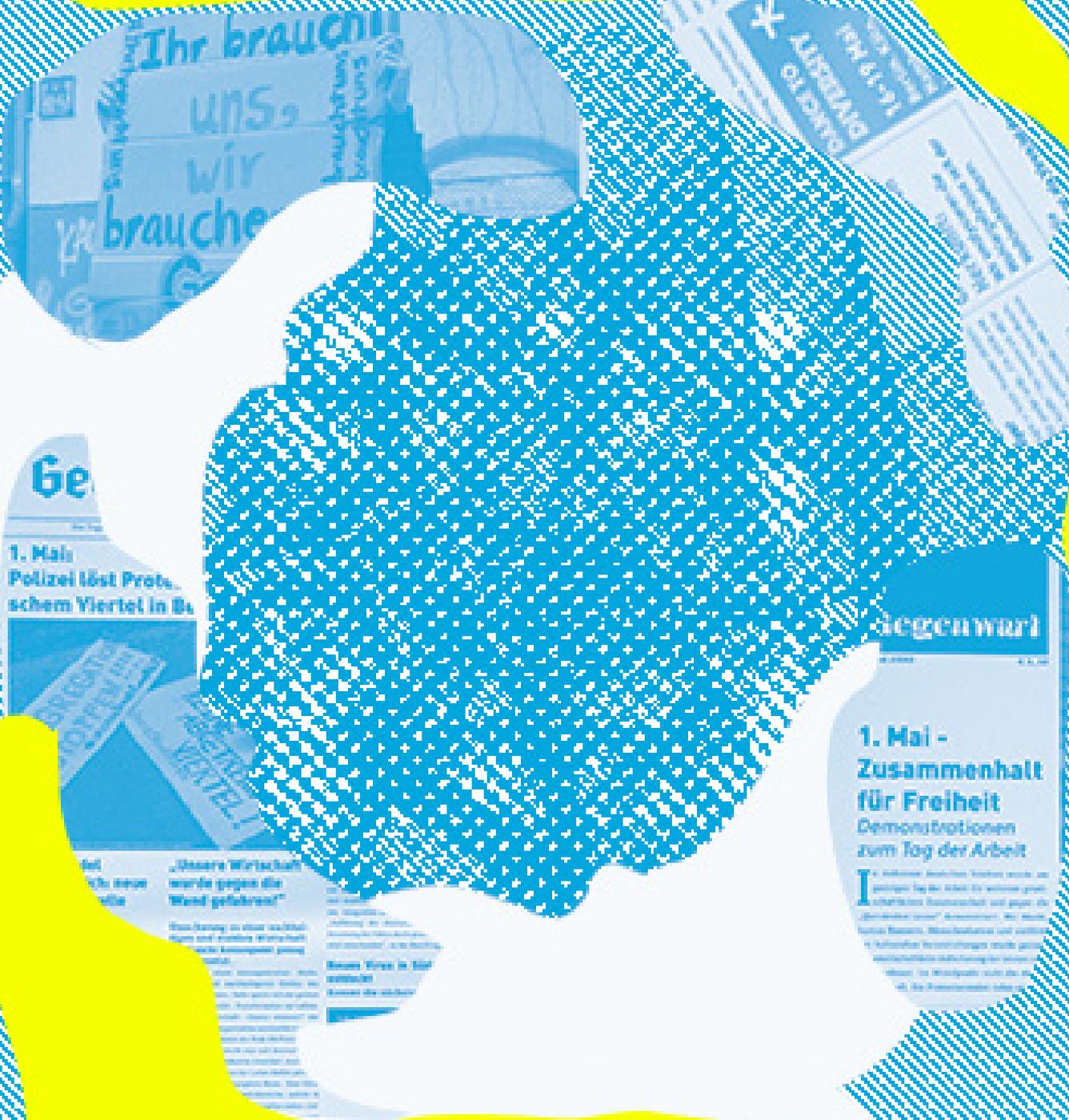


Forschungsbereich Migration, Flucht und Integration
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration während und nach der COVID-19 Pandemie

Petra Bendel | Yasemin Bekyol | Marlene Leisenheimer

Institut für Politische Wissenschaft
Forschungsbereich Migration, Flucht und Integration

Autorinnen:
Prof. Dr. Petra Bendel
Yasemin Bekyol
Marlene Leisenheimer

Gestaltung:
Dorsa Javaherian

April 2021, Erlangen

Zitiervorschlag:
Bendel, P., Bekyol, Y. und Marlene Leisenheimer. (2021). Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration während und nach der COVID-19 Pandemie. MFI Erlangen.

Inhaltsverzeichnis

Kernbotschaften 4

1. Einleitung 8

2. Integration 2030: Szenarien zu den Auswirkungen der Pandemie auf Integration in Deutschland 10

2.1. Die Exklusionsgesellschaft: Germans First 13

2.2. Die utilitaristische Gesellschaft: Deutschlands neue Gastarbeiter:innen 17

2.3. Die Teilhabegesellschaft: Stärker als Viren 21

Exkurs: Die Methodik - Wozu ein Scenario-Building? 24

3. Kurzfristige Auswirkungen der Covid-19 Pandemie in Deutschland: Erste empirische Tendenzen und Maßnahmen zur Eindämmung 28

3.1. Mobilität, Migration und Flucht: erste Tendenzaussagen 28

3.2. Teilhabe 30

3.2.1. Zugang zu Gesundheit 30

3.2.2. Zugang zu Wohnen 34

3.2.3. Zugang zu Bildung 37

3.2.4. Zugang zu Arbeit 40

3.2.5. Querschnittsthema Rassismus & Diskriminierung 43

4. Ausblick: Expertise nutzen und ausbauen 45

5. Team 46

6. Quellen 48

Kernbotschaften

I. Nach einem Jahr „Coronavirus“ zeigt die Empirie, bezogen auf Migration und Integration: Die Auswirkungen des COVID-19-Virus haben sich nicht nur auf die Möglichkeiten des Reisens, sondern auch auf alle zentralen Bereiche der migrationsinduzierten, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration in Deutschland und Europa ausgewirkt, das heißt auf den Zugang zu Gesundheit, zum Wohnen, zur Bildung und zur Arbeit. Auch mehren sich Hinweise auf eine Zunahme von Diskriminierung und Rassismus. All dies kann Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt zeitigen, die in der vorliegenden Studie in Form von Szenarien ausgelotet wurden:

Szenario 1: „Die Exklusionsgesellschaft: Germans First“: Eine zusehends weniger solidarische, sicherheitsfixierte und schließlich rassistisch-exkludierende Gesellschaft verhindert Migration und setzt Assimilation an die Stelle von Integration und Inklusion – eine Gesellschaft, die Segregation in Gesundheit, Wohnen und Arbeit in Kauf nimmt.

Szenario 2: „Die utilitaristische Gesellschaft: Deutschlands neue Gastarbeiter:innen“: Entsprechend dem fortbestehenden Bedarf der deutschen Wirtschaft an überwiegend temporär angeworbenen Arbeitskräften (den „neuen Gastarbeiter:innen“), hält die Migrationspolitik selektiv nach qualifizierten, gesunden und jungen Migrant:innen Ausschau, selbst bei der humanitären Migration wird nach „erwünschten Arbeitskräften“ Ausschau gehalten. Integration ist zeitlich befristet, berufsspezifisch organisiert bzw. an regelkonformem Verhalten orientiert.

Szenario 3: „Die teilhabeorientierte Gesellschaft: Stärker als Viren“: eine teilhabeorientierte Gesellschaft, die von der Lernerfahrung der COVID-19-Pandemie (Stichwort: „Systemrelevanz“) ausgehend den Beitrag aller zu allen Teilbereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens wertschätzt, die lokale Ebene gesellschaftlich wie politisch stärker in Wert setzt und somit auch die politische Inklusion vorantreibt.

II. Basierend auf diesen Zukunftsszenarien und ersten empirischen Tendenzen der aktuellen Entwicklung lassen sich die folgenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ableiten¹:

- Mobilität muss auch in Krisenzeiten verlässlich gestaltet werden. Grenzschließungen führen zu Unsicherheiten und zu prekären Lebensbedingungen, insbesondere für gestrandete Migrant:innen und Geflüchtete. Humanitäre Aufnahmeprogramme und Familienzusammenführungen sollten schnell wieder aufgenommen und die krisenbedingt nicht erfüllten Kontingente staatlichen Resettlements auf das Jahr 2021 übertragen werden.
- Bezogen auf den Zugang zur Gesundheit hat die Pandemie bereits bestehende migrationsspezifische Barrieren verstärkt. Diese betreffen v.a. vulnerable Gruppen wie Menschen mit Behinderung und chronischen Krankheiten, darunter Frauen*² noch einmal in besonderem Maße. Insbesondere die Meldepflicht öffentlicher Einrichtungen an Ausländerbehörden erschwert den Zugang zu Gesundheit. Schutzmaßnahmen wie die Versorgung mit Masken und Impfstoffen gerade für besonders Gefährdete, darunter Geflüchtete und Migrant:innen, gilt es zu fördern. Strukturell ist zu überprüfen, wie die Gesundheitskarte möglichst flächendeckend eingeführt werden

1. Dabei sind wir uns jederzeit bewusst, dass Personen mit Migrations- und Fluchterfahrung eine sehr heterogene Gruppe sind, die von den einzelnen Maßnahmen in ganz unterschiedlichem Maße betroffen sein können. Dieser Differenzierung kann jedoch in der Kürze des Beitrags nicht immer Rechnung getragen werden.

2. Um auf den Konstruktionscharakter von ‚Geschlecht‘ hinzuweisen und möglichst alle Personen miteinzubeziehen, die sich als Frau definieren, definiert werden und/oder sich sichtbar gemacht sehen, verwenden wir das Gendersternchen (*) nach dem Wort ‚Frau‘. Dabei sind wir uns bewusst, dass diese Schreibweise diskriminierende Ausschlüsse nicht abschaffen kann und wir uns in einem Prozess der sprachlichen Sichtbarmachung von geschlechtlicher Vielfalt befinden. Siehe dazu auch https://www.ash-berlin.eu/fileadmin/Daten/Einrichtungen/Frauenbeauftragte/Geschlechtergerechte_Sprache_Hinweise_und_Empfehlungen_an_der_ASH_Berlin_April_2019.pdf

kann. Der Zugang zu psychologischen und psychiatrischen gesundheitlichen Diensten sollte grundsätzlich, besonders aber im Zusammenhang mit der aktuellen Krise, vereinfacht und verstärkt werden.

- Sammelunterkünfte, so zeigte sich im Verlauf der beiden bisherigen Lockdowns, sind besonders ungeeignet, um Infektionsschutz und den Zugang zu Hygienemaßnahmen zu gewährleisten – das aber ist das Minimum dessen, was der Staat zum Gesundheitsschutz beizutragen hat. Wo immer möglich, ist die Unterbringung in ansteckungsgefährdenden Gemeinschaftsunterkünften daher zu entzerren, besser noch: zu dezentralisieren. Grundsätzlich können Anti-Diskriminierungsmaßnahmen dazu beitragen, Migrant:innen und Geflüchtete beim Zugang zu einem weiter zu fördernden Wohnungsmarkt besser zu unterstützen.
- Auch der Zugang zu Schulbildung (für alle sozial Benachteiligten) und zu Sprach- und Integrationskursen (insbesondere für Eingewanderte und ihre direkten Nachkommen) erwies sich infolge von Home-Schooling als schwierig, zumal es vielfach an WLAN und/oder an Endgeräten fehlte, die Unterstützung durch Ehrenamtliche zurückging oder gar ausblieb. Mangelnde Sprachkenntnisse oder unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen der Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Migrationserfahrung erschwerten es vielfach, Kinder im Online-Unterricht zu unterstützen. Um dauerhafte Schäden von ohnehin im Bildungssystem benachteiligten Gruppen abzuwenden, sollte der Zugang zur Digitalisierung vereinfacht, entbürokratisiert und das Engagement Ehrenamtlicher weiter gefördert werden. Schulische Digitalisierung hängt nicht nur an der Zurverfügungstellung finanzieller Mittel, sondern auch an ihrem Abruf. Digitale Bildung in Schulen bedarf nicht nur finanzieller Mittel, sondern auch diversitätssensibler Aus- und Fortbildungen – und schließlich auch eines entsprechenden Engagements der Schulen und ihrer Lehrer:innen, der Unterstützung durch Mentor:innen und Tutor:innen.
- Analog machten unsichere Geschäftsprognosen, eingeschränkte Bedingungen für Praktika und begrenzte Beratungsstrukturen sowie Ausbildungsmessen den Zugang zu Ausbildungsplätzen schwierig. Gilt dies prinzipiell für alle Ausbildungswilligen, so trifft es Personen mit Fluchtgeschichte, die meist über Praktika einen Zugang zum deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erhalten, in besonderem Maße. Programme und Projekte zur Förderung der Ausbildung, gerade mit Blick auf die dringend benötigten Zugänge in das duale Ausbildungssystem und die Qualifikationsanerkennungen sowie Weiterquali-

fizierungen darin, sind daher nötiger als je zuvor. Besonders die aufsuchende Beratung sollte unterstützt und auch für Betriebe verfügbar gemacht werden. Unternehmen und Handelskammern können dazu beitragen, über diese Chancen zu informieren und sie zu unterstützen, gerade bei Klein- und Mittelunternehmen, die nicht über eigene Kapazitäten zur Anwerbung verfügen oder vor den unvorhersehbaren wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie zurückschrecken.

- Auf dem Arbeitsmarkt haben sich die Auswirkungen der Pandemie besonders deutlich gezeigt. Sie treffen tendenziell Arbeitnehmer:innen mit Migrationserfahrung und darunter v.a. jene mit Fluchterfahrung in verstärktem Maße, sind diese doch in besonders gefährdeten Berufen, in weniger festen Anstellungsverhältnissen und weniger für die Heimarbeit geeigneten Jobs tätig. Zugleich hat die Corona-Pandemie verdeutlicht, dass Migrant:innen und Menschen mit Fluchtgeschichte besonders häufig in systemrelevanten Berufen wirken. Dennoch arbeiten sie vielfach unter Bedingungen, die - bezogen auf das Lohnniveau und potenzielle Ausbeutung - ungleicher Behandlung gegenüber Nicht-Migrierten unterliegen, und sie arbeiten in Bereichen, die potenziell diskriminierungsanfällig sind. Hier kann der Staat dafür sorgen, dass gesetzliche Instrumente und Förderungsmaßnahmen jenseits von gesetzlichen Regelungen gerechtere und sicherere Arbeitsbedingungen herstellen (entsprechend den neuen Regelungen für die Fleischindustrie) und dass etwa Anwerbeagenturen für Personal im Gesundheitsbereich einer strikten Zertifizierung unterliegen. Ebenso sind Qualifizierungsanerkennungen sowie Nachqualifikationsmaßnahmen zu vereinfachen und flankierende Integrationsmaßnahmen zu überdenken.
- Nicht zuletzt verdeutlichen die vorgestellten Szenarien, dass ein entschiedenes Vorgehen gegen Rassismus und Diskriminierung vonnöten ist. Die Suche nach „Sündenböcken“ für die Ausbreitung des Virus sowie für die verschlechterte wirtschaftliche Lage machte Nachkommen von Eingewanderten, Migrant:innen und Geflüchtete zur Zielscheibe. Es braucht neben einer reaktiven Arbeit auch mehr präventive, rassistuskritische Bildungsarbeit, die nicht nur für Schüler:innen und Student:innen im Rahmen der Curricula, sondern auch für Arbeitnehmer:innen in Betrieben, in Unterkünften, in Gesundheitseinrichtungen und auch in Behörden stattfinden sollte. Die vom Kabinettausschuss „zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“ unlängst beschlossenen 89 Einzelmaßnahmen bedürfen jetzt einer strategischen und schlagkräftigen Bündelung und Umsetzung.

1. Einleitung

Das COVID-19 Virus hat sich außerordentlich schnell verbreitet; Mobilität und Migration wurden zumindest kurzfristig stark eingeschränkt. Laut eines Reports der Norwegischen Flüchtlingshilfe (Norwegian Refugee Council) von September 2020 mit 1400 Befragten aus 14 Staaten hat sich das Virus nicht nur maßgeblich auf die Gesundheit von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, sondern auch auf ihren Zugang zu wirtschaftlicher Teilhabe, zur Ernährung, zum Wohnen und zur Bildung ausgewirkt (Egeland, 2020). Noch verfügen wir über zu wenige Indikatoren, um die Auswirkungen der Pandemie auf Migration und Integration über kurzfristige Beobachtungen hinaus wissenschaftlich bemessen, geschweige denn mittel- und langfristig prognostizieren zu können.

Daher nutzte die vorliegende, von der Stiftung Mercator geförderte Studie die Technik des Scenario-Buildings, um mit Expert:innen mittels der „Shell-Methode“ mehrere plausible Szenarien zur mittelfristigen Zukunft der Migration und vor allem der Integration in Deutschland zu entwickeln. Zunächst wurden kurzfristige Auswirkungen der Pandemie auf Migration und Integration anhand einer umfassenden Desktop-Recherche analysiert und ein vorläufiges Dossier erstellt. Sodann führte das Team der FAU Erlangen-Nürnberg eine interne Befragung zu den Leitfragen der Studie für die Teilnehmenden des Scenario-Buildings durch. Konkret fragten wir Wissenschaftler:innen unterschiedlicher Disziplinen, wie sich Integration, basierend auf der Definition des Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) als Teilhabe möglichst aller hier lebenden Menschen an möglichst allen gesellschaftlichen Bereichen (SVR, 2012: 17) - unter den Bedingungen der Covid-19 Pandemie verändern könnte: die Teilhabe an Unterbringung und am Wohnen, an der Gesundheitsversorgung, an



Bildung und Arbeit. Ebenso fragten wir nach möglichen Auswirkungen auf das Querschnittsthema Diskriminierung und Rassismus.

Auf Grundlage der herauskristallisierten Tendenzen wurden Handlungsempfehlungen generiert, welche die herausgestellten Herausforderungen und Chancen der Integrationspolitik in den Blick nehmen. Dabei tragen wir der Tatsache Rechnung, dass Politik für Integration nur die Rahmenbedingungen stellen kann; Integration unterliegt jedoch zahlreichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die nicht en détail planbar sind (vgl. SVR, 2019; Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit, 2021).

2. Integration 2030: Szenarien zu den Auswirkungen der Pandemie auf Integration in Deutschland

Die Exklusionsgesellschaft,
die utilitaristische
Gesellschaft und die
Teilhabe-gesellschaft – das
sind die drei für plausibel
befundenen Vorstellungen
unseres Szenario-Buildings.

2. Mai 2030

Mit Einsatz von Wasserwerfern löste die Polizei am späten Abend im Berliner arabischen Viertel eine Versammlung linksextremer Demonstranten auf. Zuvor seien die Beamten mit Gegenständen beworfen worden, sagte ein Polizeisprecher.

Die Demonstranten marschierten am Tag der Arbeit durch das Brennpunkt-Viertel, um gegen die Exklusion und Segregation der dort lebenden Migranten zu protestieren. Die Mehrheit der Bewohner ist in den letzten 20 Jahren in Deutschland angekommen. Proteste wie diesen gab es schon zuvor – die Demonstranten vergleichen das Wohnviertel mit Ghettos und fordern einen gesellschaftlichen Umbau.

Wieder Angriffe auf Flüchtlingsheime Feuerwehr löscht Brände erst am Morgen – Unterkunft fast komplett abgebrannt

Flüchtlingsheime in vier deutschen Städten angegriffen. Feuerwehr kämpft bis zum Morgen. Von den heruntergekommenen Unterkünften ist kaum noch etwas übrig. Bewohner müssen Bleibe finden. Familienmitglieder gefordert.

Abschaffung des Art. 16a GG Versprechen aus dem Regierungsprogramm: Regierung schafft Grundrecht auf Asyl ab. Sprecher des Kanzleramts:

„Auf diesen Schritt haben unsere Bürger lange gewartet. Die Opposition hat sich lange in den Weg gestellt. Jetzt haben wir es endlich geschafft.“

Oppositionsparteien reichen Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. „Große Hoffnung haben wir nicht. Andere europäische Staaten haben das Recht auf Asyl schon letztes Jahr erfolgreich ausgelöscht.“, sagt die Oppositionssprecherin. „Wenn schon nicht die Europäische Grundrechtecharta, so muss uns aber das Völkerrecht bei der Nicht-Zurückweisung schützen.“

EU-Außengrenze Wieder Festnahmen von illegal Einreisenden in Griechenland

Trotz der Absprache zu besserem Grenzschutz im Rahmen der Außengrenzkontrolle mit Drittstaaten kommt es erneut zu illegalen Einreiseversuchen. FRONTXEX-Sprecher: „Wir haben die Situation unter Kontrolle!“



Überschwemmung im Plastikmeer

Unwetter in Spanien setzen Landwirtschaft unter Wasser. Kein Gemüse mehr für Deutschland?

1. Mai: Polizei löst Proteste in arabischem Viertel in Berlin auf



©Dieses Foto wurde von Designerin Dorsa Javaherian entworfen und fotografiert.

Klimawandel verstärkt sich: neue Flüchtlingswelle erwartet

Laut Klimawissenschaftlern ist ab dem Jahr 2030 eine noch drastischere Klimaerhitzung zu erwarten.

In einem aktuellen Bericht des Weltklimarats (IPCC) ist ein weiterer „Kipppunkt im globalen Wasserkreislaufsystem erreicht“: Der fast komplette Eisschwund im Nordpolarmeer und auf Grönland führe zu exponentiell ansteigenden Temperaturen. „Da dunkles Meerwasser und Felsen die Sonnenenergie, welche auf der Erdoberfläche eintrifft, viel weniger reflektieren als helles Gletschereis, zeichnet sich eine exponentielle Beschleunigung des Klimawandels ab.“ Dies habe radikale Auswirkung darauf, wie sich Wasser in der Atmosphäre verteilt. Besonders in Subsahara-Afrika werden weitere langanhaltende Dürren prognostiziert. Migrationsexpert:innen erwarten weitere Millionen Klimaflüchtlinge.

„Unsere Wirtschaft wurde gegen die Wand gefahren!“

Umschwung zu einer nachhaltigen und stabilen Wirtschaft wird nicht konsequent genug durchgesetzt.

Es braucht einen konsequenteren, ökologischeren und nachhaltigeren Umbau des Wirtschaftssystems. Dafür spricht sich der gestern erschienene Bericht „Transformation zur kohlenstofffreien Wirtschaft – Chance verpasst?“ der Nichtregierungsorganisation sustainable economy watch aus: „Nachdem der Peak-Oil-Point bereits vor 10 Jahren erreicht war und dennoch in die fossile-Energien-Industrie investiert wurde, hat dies 2028 zum Platzen der Carbon Bubble geführt“ berichtet Wirtschaftsexperte Maier. Dies führe dazu, dass alle Wirtschaftsbereiche, welche in Verbindung mit fossilen Brennstoffen stehen, kollabieren. So würden weltweit Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit und eine wirtschaftliche Krise rutschen. Auch in Deutschland wird wieder ein Anstieg der Erwerbslosigkeit erwartet.

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n Finanzbuchhalter/in (m/w)

Wir bieten:

- Einen familiär geführten Betrieb
- Eine angenehme Arbeitsatmosphäre
- Arbeit in Eigenverantwortung
- Individuelle Weiterbildungsmöglichkeiten
- Eine leistungsgerechte überdurchschnittliche Vergütung
- Einen unbefristeten Arbeitsvertrag

Anforderungen:

- Ausbildung als Steuerfachangestellte/r und/oder Buchhalter/in wünschenswert
- Sehr gute Deutsch-Kenntnisse (Muttersprache)
- Mindestens 5 Jahre Berufserfahrung
- Kenntnisse in den gängigen Textverarbeitungs- sowie Buchhaltungsprogrammen
- Strukturierte, gewissenhafte und eigenständige Arbeitsweise
- EU-Impfausweis inkl. vierteljährlicher COVID-19/20/20/21/22- Immunologie
- Deutsche Staatsangehörigkeit

Bitte schicken sie Ihre Bewerbung an bewerbung@finanzen-schmidt.de

Insbesondere sei die Infrastruktur von Schulen, Arbeitsplätzen und Krankenhäusern nicht ausreichend ausgebaut. „Wir fordern Solidarität und Gleichberechtigung“, sagte einer der Protestierenden.

Die Regierung meldete sich auf den sozialen Medien und wies die Vorwürfe von sich. Menschen im arabischen Viertel leben dort in freien Stücken. Das Viertel sei zudem nicht gefährlich und der „Befreiungs“-Marsch nicht angebracht.

Die Polizei meldet noch in der letzten Nacht, sie habe die Situation unter Kontrolle gebracht. Mehr als 100 Demonstranten sind in Gewahrsam sein.

Kanzler ersetzt Position Integrationsbeauftragter mit dem neuen Büro für Schutz Deutschlands vor illegalen Migranten (BSI)

„Mit sofortiger Wirkung ist das Amt des Integrationsbeauftragten aufgehoben.“

Der neue Beauftragte für den Schutz Deutschlands vor illegalen Migranten: „Deutschland ist sich endlich vor Gefahr der Migration. Integration ist weder möglich noch „Auflösung der deutschen Nation“. Zersetzung des Volkes durch gezielte Zersplitterung wird unterbunden“, so der Beauftragte.

Neues Virus in Südafrika entdeckt Kommt die nächste Pandemie?

**10 Jahre Covid-19
Wie Covid-19 zu einer jährlichen Welle führt?**

FAU

Diese Titelseite basiert auf Szenario 1 von der Stiftung Mercator. „Auswirkungen und Szenarien der Integration während und nach der Pandemie“ der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Konzept und Design: Dors

2.1. Die Exklusionsgesellschaft: Germans First

Die Situation im Jahr 2030:

Im Jahr 2030 regieren im Bund und in einigen Bundesländern rechtspopulistische Parteien im Rahmen von Koalitionen von konservativen und rechten Parteien. Insgesamt hat sich das Parteienspektrum nach rechts verschoben.

Migration wird weitestgehend verhindert. Die Regierung toleriert nur prekäre Arbeitsmigration in Bereichen mit niedrigem Lohnniveau, wie der industriellen Landwirtschaft, dem Dienstleistungssektor oder dem Pflegebereich. Für andere Migrant:innen und Geflüchtete wird eine zentrale Rückkehrberatung auf Bundesebene eingerichtet zur freiwilligen Rückkehr und auch zwangsweisen Abschiebung, wobei die monetäre Unterstützung der selbstständigen Rückkehr schon bald zurückgefahren werden soll, da der Wille, Rückkehrer:innen zu unterstützen, fehlt.

Auch Integrationspolitik steht im Widerspruch zu den Leitlinien der aktuellen Regierung: Einerseits soll Integration nicht mehr gefördert werden, andererseits orientiert sie sich normativ an Assimilationskonzepten. Nur diejenigen, die Leistung erbringen und sich assimilieren, wie z.B. Arbeiter:innen, werden anerkannt. Kontaktbeschränkungen, besonders für Neuzugewanderte, verhindern Beziehungen zur Gesamtgesellschaft und den Spracherwerb. Parallelgesellschaften entstehen, Migrant:innen werden desintegriert, sogar marginalisiert. Unsichtbare, aber spürbare Ungleichheiten herrschen in vielen Bereichen - Bildung, Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt, Gesundheits- und Sozialsystem. Separate Beschulung, getrennte

und entlegene Wohnquartiere sowie der Ausschluss von Sozial- und Gesundheitsleistungen führen zu verstärkter Segregation von Migrant:innengruppen und zu gesellschaftlicher Anomie bis hin zu einem regelrechten Klassensystem nach ethnischer Herkunft.

Wie ist es dazu gekommen?

Die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19 Pandemie waren noch viele Jahre zu spüren und führten durch die steigende Arbeitslosigkeit und Armut zu steigender Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Austeritätspolitik kehrte zurück mit harschen Sparmaßnahmen bei öffentlichen Investitionen und Integrationsmaßnahmen, worunter insbesondere sozial Schwache, darunter auch Migrant:innen und Geflüchtete, litten. Infolge einer verstärkten Verwendung nationalistischer Narrative – der Beschwörung des „nationalen Wir“ und der „Leitkultur“ – kippte das gesellschaftliche Klima sukzessiv. Ein Gefühl der Unsicherheit verbreitete sich und führte im Umkehrschluss zu einem starken Sicherheitsbedürfnis. Politische Antworten setzten daher stark auf Versicherheitlichung.

Migrationspolitik entwickelte sich zu einem verstärkt angstbehafteten Politikfeld. Migrant:innen und Geflüchtete wurden vielfach zu Sündenböcken; sie wurden für die Pandemie sowie für die verschlechterte Wirtschaftslage durch steigende Staatsschulden verantwortlich gemacht. Islamistische Terroranschläge befeuerten die Angst vor „dem Islam“ und „dem Fremden“ zusätzlich. Rechtspopulist:innen schürten den Generalverdacht einer terroristischen Unterwanderung gegenüber Muslim:innen, indem sie die Unzufriedenheit und Unsicherheit instrumentalisierten. So radikalisierte sich nicht nur die Rechte, sondern sie nahm auch die Mitte der Gesellschaft mit („Querdenker“).

Diese Tendenz spiegelte sich auch auf der EU-Ebene wider. In weiteren EU-Mitgliedstaaten regierten rechtspopulistische Parteien, die europaweite Allianzen bildeten und Einfluss auf die EU-Kommission, den Rat und das Europäische Parlament nahmen. Infolgedessen sank die Bereitschaft zu solidarischer EU-Politik und führte zu einem faktischen Funktionsausfall der EU: Eine Rückbesinnung auf Nationalstaatlichkeit und auf die Identifikation mit gesellschaftlichen Kleingruppen war die Folge. So kam es, dass die Europäische Union zu einer Union der Versicherheitlichung wurde, in der nur FRONTEX – zur „Migrationskontrolle“ und zum Grenzschutz an Außen- wie Binnengrenzen – weiterbestand und ausgebaut wurde. Mitgliedstaaten und Unternehmen bauten zusehends neue Technologien aus, um Aufenthaltsorte von Migrant:innen und Geflüchteten zu verfolgen. Auch

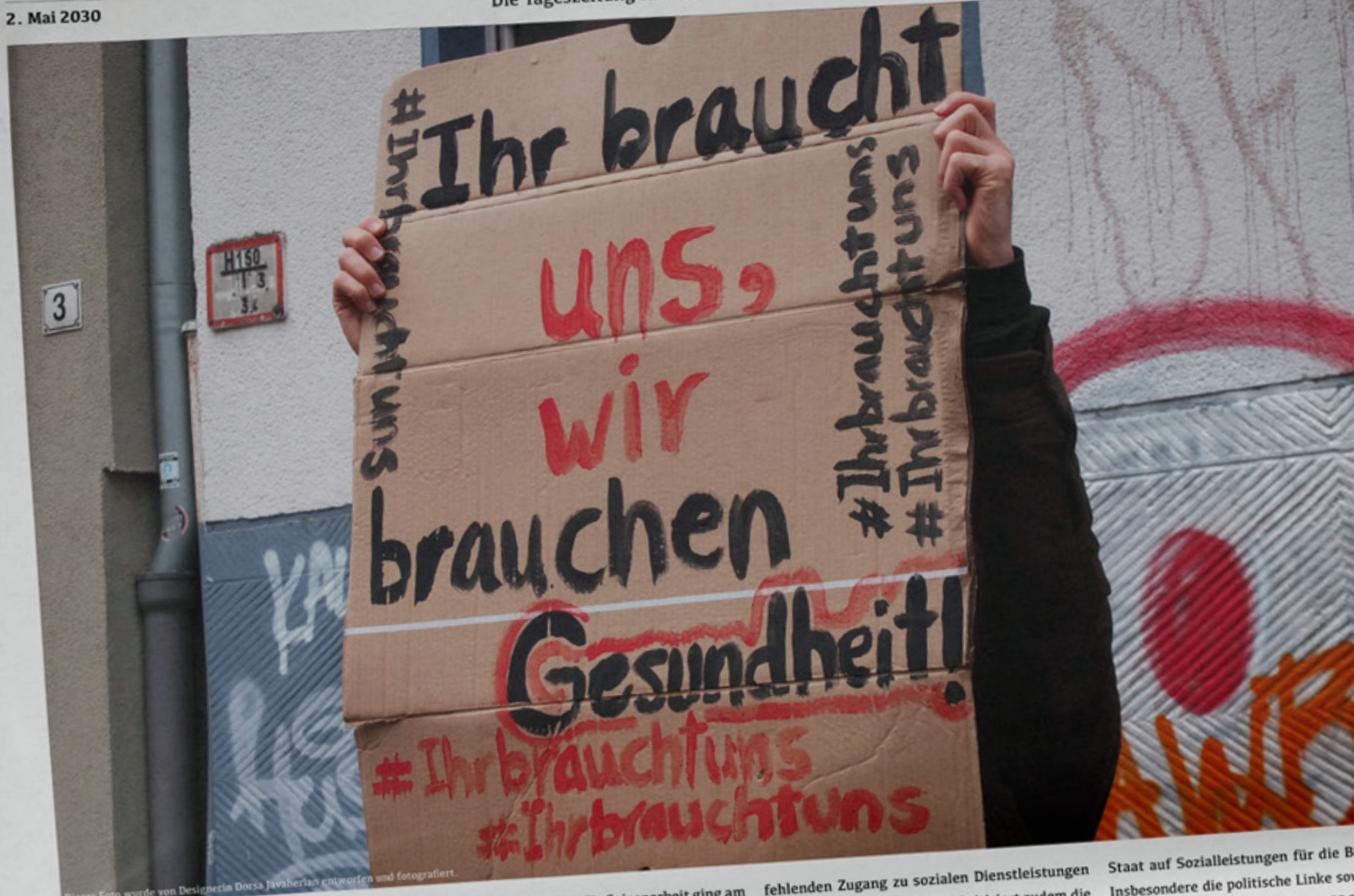
Deutschland baute Grenzzäune sowie die Grenzpolizei aus und setzte auf Nachbarschaftswachen zur Überwachung von Einwanderung.

Die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage führte also in einem schleichenden Prozess zur Akzeptanz und Institutionalisierung nativistischer Maßnahmen sowie ausgrenzender politischer Regelungen, die darauf abzielten, den eigenen Wohlstand nicht zu teilen. „Wir leben in einer Pandemie!“ war zunächst die Begründung, anschließend war es der Verweis auf die schlechte wirtschaftliche Lage und die Möglichkeit impfesistenter Mutationen. Eine harte Differenzierung und Einteilung in mehr- und minderwertige Klassen, unterschieden nach ethnischer Herkunft, Abstammung sowie rassifizierter Vorurteile, wurde billigend in Kauf genommen. Es herrschte eine „Demokratie nach Marktgesetzen“, also ein autoritäres politisches System, in dem allein das Leistungsprinzip zählte. Grundrechte, insbesondere für Migrant:innen und Geflüchtete, wurden zwar formell aufrechterhalten, jedoch zusehends ausgehöhlt.

Somit wirkte die COVID-19-Pandemie als Katalysator für Entwicklungen, die sich bereits zuvor abgezeichnet hatten: das Voranschreiten der Versicherheitlichung, die verstärkte Nutzung von Kriterien für die Selektion von Zuwanderung auf Basis von Leistung und ein Anstieg des „nationalen Wir-Gefühls“, gipfelnd in einer breiten gesellschaftlichen Verankerung von Rassismus.

2. Mai 2030

Die Tageszeitung für Politik und Gesellschaft



Dieses Foto wurde von Designerin Dorca Javherlich entworfen und fotografiert.

1. Mai: Demonstration der Gewerkschaft für Saisonarbeit (GDS)

Die Gewerkschaft für Saisonarbeit ging am Tag der Arbeit wieder auf die Straße und protestierte für mehr Rechte insbesondere ausländischer Arbeitskräfte. Schon in den vergangenen Jahren nutzte die Gewerkschaft diesen Anlass, um auf die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen speziell von ausländischen Arbeitskräften im Landwirtschafts-, Bau- und Pflegesektor aufmerksam zu machen. Die Kritik fokussiert sich vor allem auf einen

fehlenden Zugang zu sozialen Dienstleistungen und zur Gesundheit. Die GDS kritisiert zudem die Intransparenz der arbeitsrechtlichen Regelungen für ausländische Arbeitskräfte und fordert eine Strategie der Aufklärung und Kommunikation mit den betroffenen Personen.

Die meisten ausländischen Arbeitskräfte im Niedriglohnbereich kommen seit der Arbeitsmarktreform von 2023 nur zeitlich befristet nach Deutschland. Seither verzichtet der

Staat auf Sozialleistungen für die B... Insbesondere die politische Linke so... Initiativen schlossen sich der GDS... Voraus des 1. Mai bei einem Online-

Die Beauftragte der Bundesre... Integration erläuterte in einem Sta... tern Abend, dass die Arbeiter:innen a... befristeten Verträge nach wie vor kei... auf Sozialleistungen haben. Eine mög... des Gesundheitssystems schloss si...

Deutschlands neue Gastarbeiter:innen

Arbeitsminister spricht von großem Erfolg: Fleisch- und Agrarindustrie boomen. 2030 fast 50% mehr Saisonarbeit erwartet als im Vorjahr. Irreguläre Migration fast auf null heruntergefahren. →

IAB Studie: Arbeitsmarktintegration beginnt stark verzögert.

Integrationsauflagen: Keine Sozialleistungen für Ausländer:innen. Aber: Hochqualifizierte super vorbereitet

Eine neue IAB-Studie, die unserem Blatt exklusiv vorliegt, zeigt, dass Integration für Niedrigqualifizierte faktisch nicht stattfindet. Saisonarbeiter:innen leben und arbeiten separat von der Mehrheitsgesellschaft. Das zeigt ein Scheitern der neuen Integrationspolitik der Bundesregierung.

Dagegen: Migrant:innen im IT-Sektor sprechen bereits vor der Einreise Deutsch. Präintegrationskurse für Hochqualifizierte zeitigen Wirkung.

Massive Differenzen zur Steuerung der neuen Migrationsbewegungen trennen Europa

EU-Parlament kann sich wieder nicht einigen. Sitzung endet mit heftigem Streit über Migration.

Migrant:innen in nicht- essenziellen Sektoren müssen das Land verlassen

Regierung veröffentlicht neue Abschiebe-Strategie. „Niederlassungen von Gastarbeitern wie in den neunziger Jahren können wir nicht finanzieren.“, so der Innenminister. →

EXIT

Klimakrise Fluchtbewegungen aus der Subsahara-Region: unüberschaubare Zahl an Menschen in den Lagern in Libyen und Syrien →

Integration mit Sicherheitsüberprüfung

Neue Sicherheitsbehörde zur umfassenden, koordinierten Überprüfung Einwanderungswilliger nach Deutschland geschaffen. Neue Trackings-Tools kontrollieren Ein- und Ausreise von temporären Migrant:innen.

Wirtschaft Was hat sich seit der Rezession von 2020 verändert? Ein Rückblick auf die letzte Dekade →



WorkIn Neue App zur Koordinierung von Stellenausschreibungen im Pflege-, Bau-, Landwirtschafts- und Dienstleistungssektor

Die neue App WorkIn Germany koordiniert die Jobsuche für ausländische Arbeitskräfte. Die Arbeitgeber können hier Suchangebote stellen sowie durch Profile von Arbeitssuchenden scrollen. In den vier Kategorien Pflege, Bau, Landwirtschaft und Dienstleistungen haben sich bereits etliche Arbeitnehmer registriert, um so einen Job in Deutschland zu finden. Zwischen Dating-App, sozialem Medium und Jobbbörse können sich hier Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein Bild voneinander machen, Bewerbungen und Lebensläufe hochladen und einsehen und sogar Bewerbungsgespräche per Chat oder Videochat durchführen. Insbesondere für die diesjährige Spargelernte wurden hier bereits Tausende von Jobs vermittelt.

15 Jahre nach „W...
schaffen das“:
Ex-Kanzlerin Me...
im exklusiven
Interview

FAU

Diese Titelseite basiert auf von der Stiftung Mercator „Auswirkungen und Szenario Integration während und n... Pandemie“ der Friedrich-Erlangen-Nürnberg.

Konzept und Design: Dors

2.2. Die utilitaristische Gesellschaft: Deutschlands neue Gastarbeiter:innen

Die Situation im Jahr 2030:

Im Jahr 2030 kommen aufgrund eines inzwischen eingeführten selektiven und nach Qualifikationen gestaffelten Modells überwiegend qualifizierte, gesunde und junge Migrant:innen nach Deutschland. Außerdem werden auch unter den über humanitäre Kanäle angekommenen Personen wirtschaftlich „nützliche“, qualifizierte Migrant:innen in Form eines „Cherry-Pickings“ ausgewählt. Mobilitäts- und Ausbildungspartnerschaften werden von den Herkunftsstaaten nur zeitlich befristet ausverhandelt, um Brain-Drain zu vermeiden. Auch die Aufenthalte für Saisonarbeiter:innen werden befristet, etwa in der Fleischindustrie oder der Landwirtschaft sowie in Bereichen, welche bereits während der Pandemie von Grenzsicherungen und Mobilitätsbeschränkungen ausgenommen waren (bspw. Tönnies, Spargelernte). Projektgebundene Einwanderung von zwei bis drei Jahren ist üblich geworden. Um Anreize für die Wiederausreise zu schaffen, werden Löhne teils erst am Ende der jeweiligen Arbeitsaufenthalte ausbezahlt und Tracking-Tools ausgebaut. Arbeitsmigration zählt zwar nach wie vor nicht zu den legislativen Kompetenzen der EU, aber die Europäische Union fördert Anreize für Aufenthalte von ausgewählten Arbeiter:innen. Wer sich ohne legalen Aufenthaltstitel auf dem Territorium eines EU-Mitgliedstaats aufhält, hat keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Damit segmentiert sich der Arbeitsmarkt für Migrant:innen zusehends in kurzfristige (bspw. Saisonarbeit, Pflege, Bau) und langfristige Tätigkeiten (bspw. medizinische und andere Fachkräfte, Hochqualifizierte im IT-Bereich). Das Asylrecht existiert sowohl in Deutschland als auch in der EU noch auf dem Papier, ist aber

faktisch irrelevant. Generell ist die gesellschaftliche Toleranz gegenüber Regelbrüchen und Irregularität weiter gesunken; Kontrolle, Regulierung und Selektivität sind die primären Ziele nationaler und europäischer Migrationspolitik.

Entsprechend wird Integration als überwiegend zeitlich befristet konzipiert und konzentriert sich inhaltlich auf die Sicherstellung regelkonformen Verhaltens. Integrationsmaßnahmen fokussieren sich auf die Notwendigkeiten berufsspezifischer Hilfen. Lediglich Hochqualifizierten werden längerfristige Integrationsangebote gemacht, die bereits im Herkunftsland ansetzen („Präintegrations-Kurse“). Aufgrund der Entwicklung digitaler Übersetzungs- und Dolmetschertools ist Sprachintegration nicht mehr im gleichen Ausmaß notwendig. Als Lehre aus den Folgen von COVID-19 werden dezentrale Unterbringung und ein besserer Arbeitsschutz eingeführt.

Wie ist es dazu gekommen?

Diese Entwicklung folgte dem Bedarf der deutschen Wirtschaft an Arbeitskräften: Aufgrund der demographischen Entwicklung blieb der Bedarf sowohl im Niedriglohnbereich als auch im Bereich der (Hoch-)Qualifizierten nach der COVID-19-Pandemie weiterhin ungebrochen.

Zugleich schritt die Versicherheitlichung der EU-Außengrenzen voran: Der Grenzschutz wurde in Kooperation mit Ländern wie der Türkei, der Westbalkanstaaten und der Staaten Nordafrikas weiter verstärkt. Das nachlassende Engagement in Entwicklungskooperationen und Ungleichheiten bei der Versorgung mit Impfstoffen führten zu neuen Fluchtursachen. Nichtsdestotrotz hatte die Pandemie westlichen Staaten gezeigt, dass gewisse (unerwünschte) Formen der Migration von heute auf morgen auf nahe Null heruntergefahren bzw. kontrolliert werden können (wenngleich auch eine gewisse Dunkelziffer Undokumentierter weiterbestand). Beispielsweise wurden zusehends auch Gesundheitschecks an den Grenzen eingeführt. Transportwege passten sich dem Bedarf in Europa an.

Die Hauptherkunftsländer von Migrant:innen hatten kein Interesse daran, dass Wanderungsbewegungen nach Europa zu einem Brain-Drain führten und schlossen daher Mobilitätspartnerschaften auf Zeit ab, ähnlich den Gastarbeiterverträgen der Vergangenheit. Diese entsprachen auch dem europäischen Bedarf. Die europäischen Regierungen agierten außerdem in einer Art vorauseilenden Gehorsams auf einen steigenden Rassismus in ihren Gesellschaften und schlossen nur noch mit ausgewählten Ländern Mobilitätspartnerschaften ab. Zugleich stabilisierten sich Länder wie Liby-

en und Syrien, was sich auch auf den Migrationsdruck auswirkte. Nachdem eine Vielzahl an Impfstoffen gefunden und verteilt wurde, ließen bspw. auch die Golfstaaten wieder mehr Migration zu und entwickelten sich weiter zu alternativen Migrations-„Magneten“ in der Region um Europa. Zuletzt wurden im Zuge des Neuen Pakts für Migration und Asyl der EU auch die Rückführungen intensiviert, indem Herkunftsländer für ihre Kooperation in der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen (finanziell) massiv unterstützt wurden.

Somit wirkte die COVID-19-Pandemie als Katalysator für Entwicklungen, die sich bereits zuvor abgezeichnet hatten: Die Kriterien für die Selektion von Zuwanderung wurden schärfer. Sie orientierten sich an der „Systemrelevanz“ und der Gesundheit der Einwanderungswilligen sowie an regelkonformem Verhalten der Zuwander:innen. Der demographische Wandel schritt voran, obwohl die Pandemie vor allem für viele Opfer unter der älteren Bevölkerung sorgte. Des Weiteren bedeutete die Pandemie hohe Ausgaben und Schulden für die europäischen Staatshaushalte, welche es im Nachhinein durch Mehreinnahmen wieder abzubezahlen galt. All dies verlieh dem utilitaristischen System Aufschwung.

Zeitung Gegenwart
Die Tageszeitung für Politik und Gesellschaft

Gegenwart

2. Mai 2030

€ 3,10

1. Mai - Zusammenhalt für Freiheit Demonstrationen zum Tag der Arbeit

In mehreren deutschen Städten wurde am gestrigen Tag der Arbeit für weiteren gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen die „Querdenker:innen“ demonstriert. Mit Musik, bunten Bannern, Menschenketten und vielfältigen kulturellen Veranstaltungen wurde gestern der gesellschaftliche Aufschwung der letzten zehn Jahre gefeiert. Im Mittelpunkt steht die diverse Gesellschaft. Die Protestierenden rufen eine dis-



Dieses Foto wurde von Designerin Dorsa Javaherian entworfen und fotografiert.

Nach den Bundstagswahlen 2029: Yes We Can!

Sie ist zweite Frau an Deutschlands Spitze und sie ist Tochter von Eingewanderten. Ihr Lebenslauf und ihre Schwerpunktthemen. →

Deutsch Mehrsprachigkeit in allen Behörden ausgebaut

„Mehrsprachigkeit ist nun die Regel, nicht die Ausnahme,“ so der neue Minister für Gesellschaft, Gesundheit und Soziale Dienste (BMGGS). Alle Ämter werden bundesweit mehrsprachig ausgebaut. Auf Bundesebene können nun auch Fake News in den sozialen Medien eingedämmt werden.

Türkçe Tüm kurumlarda çok dillilik genişletiliyor

Yeni Toplum, Sağlık ve Sosyal Hizmetler (BMGGS) bakanının verdiği genelgeçerliği. „Çok dillilik artık bir istisna değil, kuraldır.“ Tüm kurumlar çok dilli bir şekilde ülke çapında genişletiliyor. Federal düzeyde, bu şekilde artık sosyal medyadaki sahte haberlerde kısıtlanabilir.



English, Español, русский язык, Ελληνικά, polski, العربية, فارسی →

Städte als Brückenbauer zwischen Politik und Gesellschaft

Deutschlands Städte kriegen grünes Licht. „Sie können in Zukunft auch Asylsuchende aufnehmen“ so die Minister. →

EU-Asylpolitik vor dem Ende

Nach fast 30 Jahren werden die Debatten für das Gemeinsame Europäische Asylsystem beendet. Keine Einigung in Sicht. Künftig soll die Asylpolitik wieder in den Händen der Mitgliedstaaten liegen. Kommt ein neuer Flickenteppich?

Teilhabe: Beratung für Geflüchtete nicht mehr projektbasiert

Nach 60 Jahren ist die Beratung für Geflüchtete und Migrant:innen in die Bundesfinanzierung übergegangen. Wohlfahrtsverbände konnten ihre Beratungsangebote zunächst nur für einen Zeitraum von zwei Jahren als Projekt beim Bund beantragen. Nach einer Verlängerung dieses Förderzeitraums von zwei auf fünf Jahre 2024 wurde nun die Projektfinanzierung eingestellt und die dauerhafte Förderung des BMGGS etabliert.

4 Jahre kommunales Wahlrecht unabhängig von Herkunft:

Wir analysieren die Wahlergebnisse seit der Wahlrechtsreform

Studie Stärker als Viren ist der gesellschaftliche Zusammenhalt

Auch die aktuelle Grippe- und Corona-Welle hat sich einer Studie zufolge nicht negativ auf das gesellschaftliche Klima ausgewirkt. Das in Berlin vorgestellte Integrationsbarometer des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) zeigt weiterhin steigendes Vertrauen in die Demokratie und Politik.

Immunitätsausweise: Das müssen Sie diesen Sommer beachten

In welche Länder dürfen Sie reisen - Ein Überblick.

Wirtschaft 10 Jahre nach der Corona- Krise: Viel erreicht, manches ausgeblendet

Die Arbeitsbedingungen in manchen Sektoren sind weiterhin rückständig. Insbesondere die häusliche Pflege braucht eine bessere Finanzierung und Regulierung. Die Politik ist gefragt. →

Frauenquote Immer mehr Unternehmen erreichen einen mindestens 50%igen Frauenanteil in Betriebsräten

Warum dennoch weiterhin Handlungsbedarf besteht: ein Gastbeitrag des Frauen* Kollektiv.

DANCE TO DIVERSITY

16-19 Mai
Berlin. Köln.
Hamburg. Hannover.
München. Leipzig

Veranstaltungen in zehn deutschen Städten im Mai

Dance to Diversity spiegelt Weltoffenheit und Interkulturalität und wirbt für kulturellen Austausch sowie einen kreativen Umgang mit politischen und gesellschaftlich relevanten Themen. Zum ersten Mal findet das jährlich stattfindende viertägige Festival nicht nur in Berlin, sondern auch in neun anderen großen Städten statt, darunter Köln, Hamburg, Hannover, München und Leipzig.

www.dancetodiversity.de

Erstmals Minister:inne Doppelspitze Ein Ministerium für Bundesministerium Gesellschaft, Gesu und Soziale Dienst Schaffen wir das?

Deutschlands Stabili das große Verdien Bürger:innen

Der diesjährige Preis für ein ehrenamtliches Engagement geht an „Vielfältig, demokratisch, K von der Bundeszentrale für geförderte Projekt startete Bundeszuwanderungs- und I und stärkt kommunale Akte Einsatz für die Demokratie. von agisra e.V., eine autonom Informations- und Beratung Migrantinnen, wurde nomin

Endlich vereint: Schicksal einer F

Nach 10 Jahren konnte die Kinder im Rahmen der Famili nach Deutschland holen. I erst 12 Jahre alt. →



Diese Titelseite basiert von der Stiftung Mercat „Auswirkungen und Sz Integration während u Pandemie“ der Friedri Erlangen-Nürnberg.

Konzept und Design:

2.3. Die Teilhabegesellschaft: Stärker als Viren

Die Situation im Jahr 2030:

Im Jahr 2030 ist Integration in Deutschland teilhabeorientiert. Es herrscht eine gesamtgesellschaftliche Perspektive auf Integration, die sich weniger an Zielgruppen als vielmehr an konkreten sozialen Bedarfen der Einwohner:innen orientiert. Teilhabe wird zudem nicht mehr an ökonomischem Nutzen, sondern vor allem an sozialer Partizipation gemessen. Integration ist kein zentraler politischer Begriff mehr, sondern vielmehr ein aktiver Gestaltungsauftrag und eine Daueraufgabe auf allen Ebenen, innerhalb und außerhalb der Politik (bspw. in Zivilgesellschaft und Forschung).

Die COVID-19-Pandemie erhöhte das Bewusstsein dafür, dass Migrant:innen in vielen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen „systemrelevant“ sind. Obwohl die Migrationspolitik weiterhin selektiv funktioniert, basiert sie nicht auf ökonomischen Überlegungen, sondern vielmehr auf gesellschaftlichen Bedarfen. Dazu gehört auch, dass nun die Familienzusammenführung für alle Personen, die bereits in Deutschland sind, ermöglicht wird. Außerdem wurden Kapazitäten für weitere legale Zugangswege ausgebaut, beispielsweise Resettlement, private Sponsorenprogramme und neue Wege für Fachkräfte über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz hinaus. Eine progressive Mehrheit auf nationaler Ebene bestimmt die Politik, die Polarisierung der Gesellschaft besteht jedoch weiterhin. Einzelne Kommunen und Bundesländer werden von rechten, migrations- und integrations-skeptischen Mehrheiten bestimmt, die die Teilnahme an legalen Zugangswegen verweigern.

Das Thema Asyl ist in den Hintergrund geraten, denn Neuankünfte in

Deutschland bleiben - wie auch zu Zeiten der Pandemie - weiterhin auf niedrigem Niveau: Zwar besteht das Recht auf Asyl weiterhin, aber neue Technologien sowie ein erhöhter bürokratischer Aufwand bei der Überprüfung neuer Immunitäts- und Gesundheitsauflagen erschweren Migration, insbesondere irreguläre Migration. Außerdem herrscht in Europa eine Dreiteilung von progressiv regierten Ländern (Deutschland und Nordeuropa), rechtspopulistisch regierten Ländern (Ostmitteleuropa und Südosteuropa) und den ideologisch-politisch zwischen den beiden Polen angesiedelten südeuropäischen Staaten. Diese hat zur Folge, dass es keinen gemeinsamen Nenner mehr für eine EU-Asylpolitik gibt. Der bestehende Mangel an Solidarität innerhalb der EU bewirkt daher, dass Neuankünfte über die meisten Mitgliedstaaten verhindert werden. Allerdings sorgen einzelne Kommunen und auch einzelne Mitgliedstaaten dafür, dass verschiedene, jedoch vereinzelte, legale Zugangswege und Aufnahmeprogramme ausgebaut werden.

Wie ist es dazu gekommen?

Während der Pandemie haben Stadtvertreter:innen und Behörden ihre Kommunikationsarbeit verstärkt, um Migrant:innen und Geflüchtete zu erreichen. Insbesondere die Kommunen lernten, dass die Investition von mehr Ressourcen in Behörden eine Vorbedingung für eine teilhabeorientierte Gesellschaft darstellt. Dabei wurde nicht nur in Personal und fachliche Schulungen investiert, sondern auch in Mehrsprachigkeit, um Fehlinformation zu bekämpfen und Integrationsprozesse für Migrant:innen und Geflüchtete zu erleichtern. Die Rolle von Städten als Brückenbauer zwischen Politik und Gesellschaft wurde im Rahmen der Pandemie verstärkt. Immer mehr Kommunen nutzten die Gelegenheit Parallelstrukturen aufzulösen und Politik nicht anhand von Zielgruppen, sondern von Bedarfen zu gestalten. Sie waren es, die Einbürgerungsinitiativen und Regularisierungskampagnen zum Thema machten. Zeitgleich wurden kritische Diskurse über Rassismus und Diskriminierung gefördert und neu gewonnene Erkenntnisse zu prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrant:innen verbreitet. Außerdem vertiefte sich das Verständnis dafür, dass „ständige“ Gesetzgebung, wie auch in Zeiten der Pandemie, Auslöser für Fehlinformation und auch Frustration sein kann. So kam es zu einem gesellschaftlichen Narrativwechsel, der das lokale Zusammenleben fokussierte. Zusätzlich entspannte der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland das gesellschaftliche Klima und ermöglichte großzügige Investitionen im Bildungsbereich sowie weitere Ressourcen für die Landesebene und kommunale Ebene zur Unterstützung von bottom-up-Maßnahmen für die soziale Teilhabe.

Diese Maßnahmen führten zudem dazu, dass sich auf nationaler Ebene eine progressive Mehrheit durchsetzte, die u.a. das kommunale Wahlrecht unabhängig von Herkunft und Status einführte. Dieses Wahlrecht bestärkte, dass sowohl aus politischen Motiven, aber auch wegen des demographischen Wandels mehr in den Integrationsbereich im Sinne sozialer Teilhabe investiert wurde. Integration wurde daher immer weniger als eigener Begriff oder Maßnahmenbündel, sondern vielmehr gesamtgesellschaftlich verstanden und dem neu gegründeten Gesellschaftsministerium zugeordnet.

Somit wirkte die Covid-19-Pandemie als Katalysator für Entwicklungen hin zu einer teilhabeorientierten Gesellschaft.

Die Methodik - Wozu ein Scenario-Building?

Bei der Vorstellung des neuen EU-Paktes für Migration und Asyl im September 2020 betonte Kommissarin Ylva Johansson, dass die EU in Zukunft vorausschauend statt reaktiv agieren und sich dazu mehr prognostischer Methoden bedienen solle (EU KOM, 2020). Immer mehr politische Akteur:innen und Wissenschaftler:innen versuchen anhand von Frühwarnsystemen, mittels Prognosen und Szenarien Migrationsbewegungen prospektiv wahrzunehmen. Angesichts erheblicher Unterschiede schon bei den Voraussetzungen prospektiv angelegter Studien sowie angesichts der vielfältigen Variablen, die für die Entwicklung von Wanderungsbewegungen eine Rolle spielen, sind Vorhersagen gerade in diesem Politikfeld höchst umstritten. Insbesondere in Krisensituationen, die zusätzlich durch eine mangelnde Datenlage den Rückgriff auf klare Indikatoren nicht zulassen, nutzt die Wissenschaft oft das Instrument des Scenario-Buildings (SVR, 2019: 35).

Mithilfe von Szenarien sollen komplexe Situationen entschlüsselt und Strategien entwickelt werden, die sowohl die Zukunft beeinflussen können als auch den besonderen Herausforderungen und konstanten Veränderungen im analysierten Feld gerecht werden (Peterson et al., 2003: 360). So werden denkbare, realistische und unterschiedliche Bilder der Zukunft entworfen. Szenarien unterscheiden sich von Prognosen, Vorhersagen und Visionen in ihrer Vielfalt und in der Möglichkeit unkontrollierbare Faktoren und Unsicherheiten zu berücksichtigen (Peterson et al., 2003: 358; Veit, 2018: 11). Außerdem erhebt die Methode nicht den Anspruch, die Wirklichkeit abzubilden. Vielmehr prüft sie die Frage: „Was wäre, wenn...?“.

Insbesondere die in unserem Scenario-Building angewandte Shell-Methode (Shell, 2013) zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Auseinandersetzung mit verschiedenen subjektiven Ansichten und Realitäten fordert und sich „nicht nur auf unpersönliche wirtschaftliche, politische und soziale Kräfte“ konzentriert (Mietzner & Reger, 2005; Shell, 2013). Um zu den Szenarien zu gelangen, ist ein intensiver, partizipativer und interaktiver Prozess vonnöten, der ohne Hierarchien und unter Chatham House Regeln stattfindet, sodass Informationen zwar genutzt, aber keiner spezifischen Person zugeordnet werden dürfen (Veit, 2018: 13). Dieser intuitive, kommunikative und kreative Prozess ermöglicht, die Unsicherheiten und den dynamischen Wandel der Zukunft zu berücksichtigen sowie Herausforderungen und Möglichkeiten herauszukristallisieren.

Ein Scenario-Building kann sowohl normativ als auch explorativ gestaltet werden. Während ein normatives Scenario-Building bereits eine Zielsetzung beinhaltet und erforscht, unter welchen Bedingungen und Entscheidungen dieses Ziel erreicht werden könnte, strebt das von uns durchgeführte explorative Scenario-Building an, mehrere mögliche Bilder der Zukunft zu entwerfen, die jeweils verschiedene Handlungsempfehlungen mit sich bringen können (Veit, 2018: 15). Hier wurden verschiedene Szenarien gebildet, um denkbare Trends zu verstehen und anschließend zu beeinflussen (Kahane, 2012). Kahane bekräftigt, dass explorative Szenarien einen transformativen Aspekt haben, da vorausgesetzt wird, dass die jeweiligen Bilder der Zukunft durch Entscheidungen der Gegenwart maßgeblich beeinflusst werden. Mithilfe konstruktiven Vorausdenkens und unter Einbezug vielfältiger Perspektiven lässt sich die Zukunft verändern. Statt einer Anpassung erfolgt eine strategische Planung (ebd.).



Ablauf des Scenario-Buildings, eigene Darstellung

Für den Scenario-Building-Prozess unserer Studie konnten wir mit dem Politikwissenschaftler Dr. Winfried Veit einen erfahrenen Experten gewinnen. Die ausgewählten Expert:innen hatten einen gemeinsamen Hintergrund in der Migrations- und Integrationsforschung, entstammten aber unterschiedlichen Disziplinen zwischen Sozial-/Politikwissenschaft, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft. Sie wurden unterstützt vom Forschungsbereich Migration, Flucht und Integration der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (vgl. Anhang). Aufgrund der aktuellen Pandemie konnte das Scenario-Building in diesem Fall nicht als Präsenzveranstaltung stattfinden, sondern fand digital über Umfragen sowie ein zweitägiges Zoom-Meeting statt.

Orientierung

Zunächst wurde die Ausgangslage definiert und die Fragestellung fokussiert. In unserem explorativen Scenario-Building lautete die Fragestellung:

„Wie stellt sich Integration vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie im Jahr 2030 dar?“ Trends anhand der oben genannten Fragestellung wurden im Rahmen eines Online-Workshops und anhand einer Online-Umfrage von den Expert:innen genauer identifiziert. Diese identifizierten und gewichteten die Einflussfaktoren (sogenannte „Treibende Kräfte“, welche die Zukunft maßgeblich beeinflussen werden) und intervenierende Faktoren (sogenannte „Kritische Unsicherheiten“, die zwar unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich sind). Letztere können soziale, technologische, wirtschaftliche, ökologische und politische Bereiche abdecken (Moniz, 2005: 3). In der Orientierungsphase wurden folgende sechs Treibende Kräfte identifiziert und nach Gewichtung in die folgende Reihung gebracht:

1. Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik (u.a. Entwicklung des Arbeitsmarkts, Ressourcenverteilung),
2. Internationale, regionale und nationale Steuerungsmechanismen (u.a. Unilateralismus vs. Multilateralismus, Populismus, Ausrichtung der Migrationspolitik: Abschottung oder Öffnung),
3. Gesellschaftliches Klima (u.a. Narrative der Unsicherheit, Ausgrenzung),
4. Fluchtursachen (u.a. durch Kriege und Konflikte)
5. Medizinische Versorgung (u.a. Verfügbarkeit von Impfstoffen, Schnelltests und Behandlung)
6. Digitalisierung und Zugang zu digitalen Medien
7. Demographischer Wandel

Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden (53%) identifizierten zusätzlich die Möglichkeit einer globalen Wirtschaftskrise als Kritische Unsicherheit, die zwar als unwahrscheinlich, aber nicht als unmöglich bezeichnet wurde. Außerdem bewerteten die Teilnehmenden den finanziellen oder politischen Kollaps der EU und/oder Deutschlands als eine weitere zentrale Kritische Unsicherheit. Eine Mutation des Virus‘ oder weitere Pandemien sowie eine schnellere Entwicklung des Klimawandels und die darauffolgende Ressourcenknappheit wurden des Weiteren als zentrale „Kritische Unsicherheiten“ identifiziert.

Konstruktion

Anhand dieser miteinander abgestimmten Schlüsselfaktoren wurden im nächsten Schritt, der sog. Konstruktion, subjektive Trends gesammelt, die im Austausch mit anderen Teilnehmenden während eines zweitägigen Workshops zu Szenarien verschmolzen (Moniz, 2005: 2). Widler (2019) fol-

gend sollten möglichst nicht mehr als fünf Szenarien entwickelt werden, um die Szenarien plausibel und komplex auszugestalten. Schon während der Umfrage zeichneten sich drei Tendenzen ab, die während des Workshops zu drei Szenarien entwickelt wurden.

Affirmation

Anhand der Scenario-Building-Methode können die teilnehmenden Expert:innen von komplexen Sachverhalten zu kohärenten und plausiblen Voraussichten gelangen, welche die Zukunft zwar nicht genau abbilden, wohl aber herausdestillieren, welche Entscheidungen langfristige Entwicklungen beeinflussen können (Daum, 2001; Mietzner & Reger, 2005). Im Unterschied zu normativen Szenarien sollen explorative Szenarien, wie in unserem Building, nicht als positiv oder negativ bewertet werden, da jedes Szenario mögliche Zukunftsaussichten entwirft. Zentral ist jedoch, dass alle Szenarien von allen Teilnehmenden des explorativen Prozesses als plausibel anerkannt werden. Dieser abschließende, dritte Schritt wird als Affirmation bezeichnet (Veit, 2016) und wurde im Rahmen des Online-Workshops durchgeführt.

3. Kurzfristige Auswirkungen der Covid-19 Pandemie in Deutschland: Erste empirische Tendenzen und Maßnahmen zur Eindämmung

Die vorgestellten Szenarien verdeutlichen, dass die Covid-19 Pandemie nicht nur Herausforderungen, sondern auch Chancen mit sich bringt. Empirisch lassen sich auf der Grundlage unserer Desktop-Studie, welche erste Erhebungen, aber auch „graue Literatur“ und Presseberichte einschließt, und unter der Berücksichtigung der Szenarien folgende Tendenzen sowie Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie darstellen.

3.1. Mobilität, Migration und Flucht: erste Tendenzaussagen

Grenzsicherungen in fast allen Staaten der Welt haben sowohl Migrant:innen als auch Geflüchteten den Zugang zu anderen Ländern erschwert. In einigen Staaten galten die Grenzsicherungen auch für die eigenen Staatsbürger:innen und Aufenthaltsberechtigte (Benton, 2020). So führte die Pandemie weltweit dazu, dass Personen „strandeten“ und gegebenenfalls der Obdachlosigkeit ausgesetzt waren (UN News, 2020). Die Maßnahmen hatten zur Folge, dass viele Menschen auf der Wanderung ohne Information und ohne Gesundheitsversorgung verblieben und oft auch mit erhöhter Stigmatisierung und Ungleichbehandlung konfrontiert waren (ebd.). Etlichen Schutzsuchenden wurde der Zugang zu Asyl verwehrt; etliche fanden sich in einer Realität von „Pull Backs“ und „Push Backs“ oder in „Floating Detention“ wieder (Ghezelbash, 2020).

Für die Europäische Union zeigen die jüngsten AzR-Daten (Statistisches Bundesamt, 2020a), dass viele Schutzsuchende nicht den Zugang zu EU-Mitgliedstaaten erreichten, obwohl sie rechtlich von Einreisebeschränkungen ausgenommen waren. Die Europäische Kommission (2021) konstatierte im Januar 2021, in den ersten zehn Monaten des Jahres 2020 seien lediglich gut 390.000 Anträge und damit 33% weniger als im Vorjahr auf internationalen Schutz in den EU-Staaten sowie in Norwegen und der Schweiz gestellt worden. Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO, 2020) führte einen solchen Rückgang schon im Oktober 2020 auf die Einschränkungen im Zuge der Coronavirus-Pandemie zurück. Eine Prognose sei aufgrund der unsicheren Gesundheitslage jedoch „extrem schwierig“ (ebd.).

In der deutschen Wanderungsstatistik zeigte sich für das erste Halbjahr 2020 zum ersten Mal seit zehn Jahren ein Rückgang der Zuwanderungszahlen (Statistisches Bundesamt, 2020b). Mit einem deutlichen, Coronavirus-bedingten „Knick“ im März lag die Zahl der Zuzüge im Zeitraum März bis Juni 2020 um 208.000 beziehungsweise 42% unterhalb des Wertes des Vorjahrs. Während ausländische Studierende aus Nicht-EU-Ländern nur bedingt nach Deutschland einreisen durften, wurden Restriktionen insbesondere für saisonale Arbeitsmigrant:innen vermieden oder nach kurzer Zeit wieder aufgehoben (Fokken, 2020). Während des Lockdowns erlaubte die Bundesregierung 40.000 saisonalen Arbeitskräften jeweils im April und Mai 2020 die Einreise nach Deutschland. Trotz Anwerbung von Inländer:innen, inkl. Geflüchteten, war eine solche Anwerbung zusätzlicher Arbeitskräfte notwendig (Andriescu, 2020).

Grenzsicherungen führen zu Unsicherheiten von Personen, beispielsweise bei ausstehenden Familienzusammenführungen, und zu prekären Lebensbedingungen bei gestrandeten Migrant:innen und Geflüchteten, wie beispielsweise bei Spätaussiedler:innen und Arbeitsmigrant:innen, die im Rahmen der Lockdowns nicht ausreisen konnten. Auch das Resettlement-Programm und dessen Aussetzung in Deutschland (und anderen Staaten) führten dazu, dass Menschen, die bereits in den Erstaufnahmestaaten ein UNHCR-Interview zur Ausreise hatten, seit März 2020 in Unsicherheit und ohne Perspektive warten. Humanitäre Aufnahmeprogramme sollten schnell wieder aufgenommen und die nicht erfüllten Kontingente sollten auf das Jahr 2021 übertragen werden. Auch sollten bereits abgelaufene Visa in Folge der Einreisebeschränkungen im Frühjahr 2020 insbesondere für die Familienzusammenführung nicht erneut beantragt werden müssen (Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge, o.J.; Flüchtlingsrat Niedersachsen, 2020). In Zukunft braucht es eine Debatte darüber, wie Mobilität ‚sicher‘ und vor allem auch verlässlich gestaltet werden kann. Hier gibt es bereits vielfache Vorschläge wie die Berücksichtigung von Impfpässen bei der Einreise, biometrische Gesundheitskarten, Immunitätsausweise, Schnelltests und sogenannte „Travel Bubbles“ oder medizinische Kontrollen bzw. Versorgung an den Grenzen, wobei der Zugang zu Asyl auch durch diesen erhöhten bürokratischen Aufwand nicht unberücksichtigt bleiben darf (MPI, 2020a).

Noch ist unklar, wie sich Mobilität, Arbeitsmigration und Flucht unter den Bedingungen medizinischer Entwicklung und gesetzlicher Vorgaben entlang der oben genannten Vorschläge künftig auswirken werden, welche Politiken der Anwerbung oder Eindämmung von Migration Deutschland

und andere europäische Staaten auf mittlere Sicht einschlagen werden und wie sich wirtschaftliche Bedingungen auf die Arbeitsmärkte in Deutschland und Europa niederschlagen. Es ist jedoch bereits deutlich, dass die Pandemie auf jeden Fall kurzfristig zu einer (temporären, partiellen) Neugestaltung von Mobilität geführt hat. Diese betrifft Mobilität im Sinne von Tourismus, von jeder Art der Arbeits- und Bildungsmigration sowie auch die Aufnahme aus humanitären Gründen. Genauso wie die mittel- und langfristigen Konsequenzen für Mobilität und Migration noch offen sind, wirken sich diese auf die Zahl und die Art der zu Integrierenden und die Art von Integrationspolitik aus. Beide angenommenen Voraussetzungen sind maßgeblich für die künftige Gestaltung der Teilhabe in Deutschland.

3.2. Teilhabe

3.2.1. Zugang zu Gesundheit

Beim Thema des Zugangs zur Gesundheitsversorgung wird zunehmend deutlich, dass Gesundheitsversorgung und ordnungspolitische Maßnahmen voneinander getrennt konzipiert und durchgeführt werden sollten. So wird v.a. die Übermittlungspflicht öffentlicher Einrichtungen – beispielsweise des Gesundheitsamts bei Asylbewerber:innen nach Beantragung eines Behandlungsscheins oder auch von Gesundheitseinrichtungen bei Notfällen – an Ausländerbehörden kritisiert (Mediendienst Integration, 2020). Hier wäre eine erweiterte Schweigepflicht auf Gesundheitseinrichtungen, die ärztlich geleitet werden denkbar. Verschiedene Akteur:innen fordern die Ausstellung anonymer Krankenscheine, wie zum Beispiel in Thüringen praktiziert (ebd.; Ludwig, 2020). Auch Berlin hat im Rahmen der Pandemie anonyme Krankenscheine für Menschen ohne Papiere eingeführt, die von einer unabhängigen medizinischen Stelle vergeben werden (ebd.). Insgesamt gibt es jedoch nur wenige Daten zum Zugang zur Gesundheitsversorgung von Geflüchteten und Asylsuchenden (Altgeld, 2018).

Bekannt hingegen ist, dass der Zugang zu Gesundheitsversorgung mithilfe einer Gesundheitskarte vereinfacht werden kann. Daher gilt es zu prüfen, ob diese flächendeckend eingeführt werden kann. Auch der Zugang zu psychologischen und psychiatrischen gesundheitlichen Diensten sollte grundsätzlich, besonders aber im Zusammenhang mit der aktuellen Krise vereinfacht und verstärkt werden.

Neben strukturellen Herausforderungen können auch migrationspezifische Faktoren Zugangsbarrieren bilden: geringe Deutschkenntnisse sowie mangelnde Information zu Versorgungskonzepten und Strukturen

erschweren oft den Zugang zur Gesundheitsversorgung (Borde & Blümel, 2020). Krankenkassen übernehmen die Kosten für einen Covid-19-Test auch für nicht versicherte Personen, wenn dieser vom Gesundheitsamt veranlasst wurde (Mediendienst Integration, 2020). Allerdings besteht weiterhin die Übermittlungspflicht und es bleibt offen, inwiefern die Behandlung sichergestellt wird (ebd.).

Viele Bundesländer haben daher im Rahmen der Pandemie Maßnahmen ergriffen und Informationsmaterialien in mehreren Sprachen zur Verfügung gestellt; auch beim Bund werden diese z.B. auf der Website der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung gebündelt (Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, o.J.). Dennoch mangelt es an Informationsmaterialien für Analphabet:innen, sehbehinderte oder hörgeschädigte Personen. Kurzfristig sollten diese Ressourcen auch für proaktive Impfkampagnen genutzt und gegen Mis- und Desinformation eingesetzt werden.

Gesundheitsversorgung von vulnerablen Gruppen

Das Thema Gesundheitsversorgung betrifft Menschen mit Behinderung und Menschen mit chronischen Krankheiten in besonderem Maße. Sie stehen nicht nur unter dem Risiko von schweren Krankheitsverläufen im Falle einer Infektion mit dem Coronavirus. Eine Selbstisolation ist für betroffene Menschen oft nur erschwert möglich, da sie spezielle Bedürfnisse in Bezug auf medizinische oder psychologische Hilfe sowie Pflege haben, welche unter Isolation nicht erfüllt werden können (Pulrang, 2020). Hinzu kommt das Problem einer Triage-Situation, also einer Situation, in der nicht mehr alle Covid-19-Patient:innen beatmet werden können. Hierzu gibt es zurzeit noch keine gesetzliche Grundlage. Es gibt Handlungsempfehlungen der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI), welche beschreiben, nach welchen Kriterien die zu knappen Behandlungskapazitäten verteilt werden sollen. Diese sind jedoch als diskriminierend gegenüber Menschen mit Behinderung einzustufen (Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR), 2020a). „Es besteht die Besorgnis, aufgrund von Beeinträchtigungen und Vorerkrankungen eine schlechtere Einstufung zu erhalten und dadurch medizinisch schlechter behandelt oder gar von einer lebensrettenden Behandlung ausgeschlossen zu werden.“ (ebd.)

Der intersektionale Kontext von Flucht und Behinderung ist bisher noch wenig erforscht und es herrscht ein Mangel an verlässlichen Daten. Schätzungen zufolge sind etwa 15% aller geflüchteten Menschen weltweit von behinderungsspezifischer oder medizinisch induzierter Schutzbedürftigkeit betroffen (Otten, 2019). Auch für Deutschland gilt, dass bereits vor der

Corona-Pandemie erhebliche Informations-, Beratungs- und Versorgungslücken für Geflüchtete mit Behinderung, wie etwa eine verspätete oder keine medizinische und soziale Betreuung und Versorgung nach der Erstaufnahme oder eine fehlende Barrierefreiheit in den Gemeinschaftsunterkünften (ebd.) bestand. So gibt es für die Post-Corona-Lage noch zusätzlichen Forschungsbedarf.

Frauen* sehen sich vielfach einer zusätzlich erschwerten Situation gegenüber. Wie UN Women konstatiert, sind Frauen* mit einer Behinderung oder Frauen*, die sich um Menschen mit Behinderungen kümmern, besonders vulnerabel (2020). Das erhöhte Risiko von häuslicher Gewalt, welches Covid-19 und die Maßnahmen der Eindämmung hervorgerufen haben, wurde nochmals verstärkt (UNDP, 2020). Frauen* mit Behinderung stehen Herausforderungen im Zugang zu legaler Beratung oder sexueller sowie reproduktiver Gesundheitsversorgung gegenüber (ebd.). In Anbetracht der Tatsache, dass Frauen* mit Fluchterfahrung, insbesondere im Falle eines undokumentierten Aufenthalts, Schwierigkeiten beim Zugang zu Grundversorgung haben und das insbesondere während der Corona-Pandemie (Gottardo & Cymant, 2020), lassen sich die negativen Folgen für Frauen* mit Fluchterfahrung und Behinderung auch für Deutschland nur abschätzen.

Medizinische Masken für Bedürftige

Seit dem 19. Januar 2021 besteht bundesweit eine Pflicht zum Tragen von medizinischen Masken in öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Bundesregierung hat im Februar 2021, 50 Millionen FFP2-Masken für Personen bereitgestellt, die Arbeitslosengeld II beziehen. Die betroffenen Personen haben einmalig Anspruch auf zehn kostenlose Schutzmasken (Die Bundesregierung, 2021b). Asylbewerber:innen erhalten keine FFP2-Masken vom Bund. Die Bundesregierung begründet das damit, dass viele Asylbewerber:innen nicht gesetzlich krankenversichert sind und geht davon aus, dass die Bundesländer entsprechende Maßnahmen ergreifen (Redaktionsnetzwerk Deutschland, 2021). Der Deutsche Caritasverband bemängelt, dass nicht nur Asylsuchende, sondern auch Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus sowie Wohnungslose durch die Regelung keine angemessene Unterstützung erhalten (Langendorf, 2021). Über Beratungsstellen oder Notunterkünfte wäre es jedoch möglich, auch an diese betroffenen Personen Masken zu verteilen (ebd.). In Bayern, wo es schon früher eine Pflicht zum Tragen von FFP2-Masken in öffentlichen Verkehrsmitteln und Läden gab, wurden insgesamt 2,5 Millionen kostenlose Masken an Bedürftige ausgegeben (Gerl et al., 2021). Die Verteilung über die Kommunen sei aber recht

kompliziert (ebd.) und zunächst waren auch hier Asylbewerber:innen nicht mit einbezogen (Woitsch, 2021). Die Verteilung von kostenlosen medizinischen Masken an Personen, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Unterstützung erhalten, wird nun von den Landratsämtern geregelt, sei jedoch eine logistische Herausforderung (ebd.).

Zugang zu Impfstoffen

Insbesondere seit der weltweiten Zulassung von verschiedenen Impfstoffen stellt sich die Frage nach dem Zugang für Geflüchtete und Migrant:innen.¹ Bereits am 27. November 2020 hat die Internationale Organisation für Migration (IOM) Staaten dringlich dazu aufgerufen, Migrant:innen in ihre Impfpläne einzubeziehen (2020). Es besteht eine hohe Gefahr, dass Migrant:innen und Geflüchtete auch hier zurückgelassen werden, was nicht nur eine wiederholte Benachteiligung von bereits marginalisierten Gruppen darstellen, sondern auch der nachhaltigen Bekämpfung des Virus' im Weg stehen würde (IFRC, 2020).

Die Impfreiherfolge des Bundesgesundheitsministeriums bezieht Migrant:innen und Geflüchtete in den ersten beiden Prioritätsstufen implizit über die Impfangebote für Beschäftigte in den Pflege- und Gesundheitssektoren mit ein (Bundesministerium für Gesundheit (BMG), 2021). Während in den Impfempfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) beim Robert Koch-Institut (RKI) Bewohner:innen und Tätige in Gemeinschaftsunterkünften noch im dritten Schritt genannt werden (RKI, 2021), werden in der offiziellen Impfkampagne des BMG bereits im zweiten Schritt mit „hoher Priorität“ „Personen, die insbesondere in Flüchtlings- und Obdachloseneinrichtungen untergebracht oder tätig sind“ (BMG, 2021) miteinbezogen. Der dritte Schritt nimmt zudem „Personen, mit prekären Arbeits- und Lebensbedingungen“ in den Blick, und damit wohl einen großen Anteil an Migrant:innen und Geflüchteten. Der deutsche Impfplan nennt jedoch undokumentierte Migrant:innen nicht explizit. Andere europäische Staaten wie Frankreich, Italien, Spanien oder die Niederlande dagegen tun das (Zivkovic, 2021). Es bestehen allerdings Bedenken, dass selbst bei einer Einbeziehung undokumentierter Migrant:innen in nationale Impfpläne, diese nur schwer erreicht werden können. Dazu müssen Strategien entwickelt und nicht-staatliche Organisationen mit einbezogen werden (ebd.).

1. Diese Angabe beruht auf Schätzungen und den Daten einiger Bundesländer, die eine Erhebung von Wohnungslosigkeit durchführen. Nordrhein-Westfalen erfasste beispielsweise 2018, dass ca. 37% der Wohnungslosen eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit hatten (ebd.:14f). Eine bundesweite Wohnungslosen-Statistik soll erst ab Januar 2022 erhoben werden und berücksichtigt Menschen, die in Gemeinschafts- oder Notunterkünften untergebracht sind (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2019).

Sorge besteht außerdem in Bezug auf die Bereitschaft, sich impfen zu lassen. Eine Studie des globalen Forschungsforums Ipsos hat ergeben, dass sich die Impfbereitschaft global zwischen Mitte Dezember 2020 und Ende Januar 2021 erhöht hat (2021). In Deutschland liegt sie der Studie zufolge die Impfbereitschaft Ende Januar 2021 bei 68 Prozent und damit bei „fairly high“ – eine höhere Impfbereitschaft gibt es etwa in Großbritannien (89%), Brasilien (88%), Italien (80%) oder den USA (71%). Dennoch ist die Anzahl der Personen, die sich auf jeden Fall impfen lassen würden, in Deutschland, im Gegensatz zu der der Erhebung zwischen dem 17. bis 20. Dezember 2020, nur um drei Prozentpunkte angestiegen (ebd.). Eine Umfrage des Hamburg Center for Health Economics (HCHE) stellt heraus, dass die Impfbereitschaft umso höher liegt, je höher der Informationsstand über die Pandemie allgemein ist (HCHE, 2021). Angesichts von Sprachbarrieren oder anderen Gründen für Fehl- oder Desinformation könnte sich dies insbesondere unter Migrant:innen und Geflüchteten auswirken. Informationskampagnen in mehreren Sprachen, wie sie Ministerien, Ämter, Flüchtlingsräte und Medien zur Verfügung stellen, sind daher gute Praxis (vgl. die Liste beim Mediendienst Integration 2020).

3.2.2. Zugang zu Wohnen

Unterbringung in Geflüchteten-Unterkünften

Seit März 2020 befinden sich in Deutschland mehrere hundert Menschen in Quarantäne in Geflüchteten-Unterkünften. Laut einer Studie der Universität Bielefeld liegt das Ansteckungsrisiko in Gemeinschaftsunterkünften im Durchschnitt bei 17%. Dort mangelt es an Hygieneartikeln sowie an Information; die Einhaltung von Distanzregeln ist schlicht nicht möglich. Hinzu kommt die psychische und mentale Verfassung der Menschen in den Unterkünften, welche oft traumatisiert und nun ohne Beratung sind (Bozorgmehr et al., 2020).

Insbesondere im Rahmen von durchgeführten Kollektivquarantänen in Erstaufnahmeeinrichtungen wurden teilweise Ansteckungsraten von bis zu 67% erreicht (Medibüros/Medinetze, 2020). 30 der 42 im Rahmen der Studie der Universität Bielefeld untersuchten Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterkünfte haben eine solche Kollektivquarantäne durchgeführt, die weder eine Kontaktnachverfolgung noch eine Trennung von infizierten und nicht-infizierten Personen erlaubte. Das bedeutete für 7.295 Bewohner:innen Kontakt- und Ausgangssperren, die teilweise von der Polizei, Security-Firmen, der Bundeswehr oder Hubschraubereinsätzen kontrolliert wur-

den (Bozorgmehr et al., 2020). So kam es zu erheblichen Schutzlücken und einem erhöhten Infektionsrisiko in diesen Unterkünften, die als diskriminierend zu bewerten sind, da sie in der Form nicht für die Mehrheitsgesellschaft gegolten haben (Medibüros/Medinetze, 2020).

Die zweite Infektionswelle hat Erstaufnahmeeinrichtungen abermals hart getroffen. In Bayern etwa haben sich die Infektionszahlen in den Einrichtungen zwischen Oktober 2020 und Januar 2021 mehr als verdoppelt, in Hessen und Berlin verdreifacht und in Rheinland-Pfalz sogar vervierfacht (Ghelli, 2021). Insgesamt sind in Deutschland derzeit rund 36.000 Personen in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht, wovon sich seit Beginn der Pandemie bereits mehr als 6.000 mit dem Coronavirus infiziert haben (ebd.).

Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie

Aufgrund der Pandemie wurden etwa 20.000 Asylverfahren ausgesetzt und Abschiebungen in andere Länder sind größtenteils nicht möglich. Das BAMF hat mehr als 20.000 Personen mitgeteilt, dass die Überstellungsfrist in einen anderen EU-Staat eingefroren sei (Taz Talk #31 meets DeZIM, 2020). Durch die Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus war zeitweise außerdem die Verfahrensberatung erschwert, die telefonisch und z.T. per Video erfolgen musste. 9.000 Menschen, weniger als die Hälfte der Betroffenen, haben gegen ein „Einfrieren“ ihres Asylverfahrens geklagt (ebd.). Beratungsstrukturen sollten besser angepasst und gefördert werden. Beim Ausbau bestehender Angebote sollten vorrangig die flächendeckenden und unabhängigen Asyl- und Verfahrensberatungen unterstützt und miteinander vernetzt werden.

Die Zustände in den Sammelunterkünften werden, besonders durch Katastrophenfälle von Ausbrüchen in den Einrichtungen, öffentlichkeitswirksam gemacht. Dies lässt einerseits auf weitere Veränderung und Fortschritt in der Unterbringung von Geflüchteten hoffen (Taz Talk #31 meets DeZIM, 2020). Die Isolierung von Geflüchteten kann jedoch andererseits auch Stigmata und weitere Diskriminierungen auslösen. In Bezug auf die Unterbringung müssen Schutzstandards auch in Krisensituationen gegeben sein und Gewaltschutzkonzepte ausgebaut werden. Auch hier braucht es schnelle Lösungen für Kinder, für die Gemeinschaftsunterkünfte nicht sicher sind (DIMR, 2020c). Insgesamt bedarf es einer Verbesserung des Beschwerdemanagements und auch des unabhängigen Monitorings (Bekyol & Bendel, 2016).

Mancherorts wurden auch positive Maßnahmen zum Schutz der Bewohner:innen von Sammelunterkünften ergriffen, die vorher unmöglich schienen. Beispielsweise sind in einigen Unterkünften die Zimmer nicht mehr voll belegt. Es wurden mehr Kantinen und Gemeinschaftsräume eingerichtet oder Bewohner:innenräte gegründet, um eine reibungslosere Kommunikation zu erlauben (Taz Talk #31 meets DeZIM, 2020). Außerdem führten Gerichtsverfahren in Sachsen, Dresden, Chemnitz und Münster dazu, dass Einzelpersonen aus der Unterkunft ausziehen durften (Pro Asyl, 2020). Insgesamt hat sich im Laufe der Pandemie gezeigt, dass in immer mehr Einrichtungen Quarantäne-Räume für Infizierte eingerichtet wurden und verstärkt auf dezentrale Unterbringungen gesetzt wurde (Ghelli, 2021). So kündigte etwa die Stadt Köln im Februar 2021 nach einem erneuten massiven Ausbruch in der größten Notunterkunft der Stadt an, alle Sammelunterkünfte aufzulösen und die Bewohner:innen in abgeschlossenen Wohneinheiten unterzubringen. Diesen Schritt ging die Stadt Potsdam schon im Juni 2020 (Perspektive Online, 2021).

Auch die prekären Hygienebedingungen in Sammelunterbringungen von Arbeitsmigrant:innen sind durch die Covid-19 Pandemie in den Fokus geraten. Die Situation in den Unterbringungen sowie der mangelnde Schutz am Arbeitsplatz setzte viele Arbeitnehmer:innen einem erhöhten Risiko aus, welche „vermeidbar und behandelbar wären.“ (Krennerich, 2020). Gleichzeitig hat die Pandemie viele Menschen in eine noch größere Armut getrieben, über die Debatten zur staatlichen Rolle für soziale Schutzprogramme entfacht sind (ebd.). Hierzu zählen unter anderem Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, von der zu einem großen Anteil Geflüchtete mit Schutzstatus in Deutschland betroffen sind (Engelmann et al., 2020: 14)¹: „Beispielsweise wurden in den Kommunen zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen, um die Belegungsdichte in den Notunterkünften zu reduzieren oder um die Quarantäne infizierter wohnungsloser Personen zu ermöglichen.“ (DIMR, 2020a: 125) Allerdings, so die Kritik von Fachverbänden der Wohnungslosenhilfe, reichen die Maßnahmen nicht aus, um wohnungs- und obdachlose Menschen angemessen vor einer Infektion mit dem Coronavirus zu schützen. Es fehle an Beratungsangeboten und dem Zugang zu medizinischer Versorgung. Grundsätzlich sollten von der Bundesebene gesteuerte Anti-Diskriminierungsmaßnahmen zusätz-

1. Diese Angabe beruht auf Schätzungen und den Daten einiger Bundesländer, die eine Erhebung von Wohnungslosigkeit durchführen. Nordrhein-Westfalen erfasste beispielsweise 2018, dass ca. 37% der Wohnungslosen eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit hatten (ebd.:14f). Eine bundesweite Wohnungslosen-Statistik soll erst ab Januar 2022 erhoben werden und berücksichtigt Menschen, die in Gemeinschafts- oder Notunterkünften untergebracht sind (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2019).

lich dazu beitragen, Migrant:innen und Geflüchtete beim Zugang zu einem weiter zu fördernden Wohnungsmarkt besser zu unterstützen.

3.2.3. Zugang zu Bildung

Auswirkungen auf den Spracherwerb und Integrationskurse

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) investierte 40 Millionen Euro, um Lehrkräfte und Kursträger für digitale Angebote der Integrationskurse anzuwerben. 7.000 Online-Tutorien und Klassenzimmer konnten im Rahmen des ersten Lockdowns genehmigt werden, in denen fast 83.000 Einwander:innen lernen (epd/mig, 2020). 220.000 Personen brachen dennoch ihren Integrationskurs ab. Laut der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat ein erheblicher Teil der Schüler:innen keinen Zugang zu den notwendigen Endgeräten und verfügen über nicht genügend Internetzugang (2020b) - eine Problematik, die alle Teilbereiche der Bildung betrifft. Der GEW zufolge kann das virtuelle Klassenzimmer keinen Präsenzunterricht ersetzen, der nach ihrer Auffassung auch in Krisensituationen unter Berücksichtigung der RKI-Empfehlungen für Schulen ermöglicht werden sollte (ebd.).

Auswirkungen auf die Schulbildung

Schulschließungen und die Verlagerung auf Online-Unterricht haben bestehende Ungleichheiten im Bildungssystem, die bereits vor der Pandemie bestanden, deutlich gemacht und verstärkt (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, 2020a). UNICEF geht davon aus, dass während der Corona-Pandemie weltweit etwa 1,6 Milliarden Kinder die Schulbildung unterbrochen oder abgebrochen haben, darunter mehrere Millionen Geflüchtete (UNHCR, 2020). UNESCO erwartet zudem, dass etwa 11 Millionen Mädchen aufgrund der Auswirkungen der Pandemie nicht mehr in die Schulbildung zurückkehren werden (2020). Das führt nicht nur zu einem größeren Gender-Gap in der Bildung, sondern verdeutlicht auch ein höheres Risiko für (sexuelle) Ausbeutung, frühe Schwangerschaft sowie Zwangsheirat. Insbesondere geflüchtete Mädchen sind dabei gefährdet (Giannini & Albrechtsen, 2020).

Sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, darunter viele geflüchtete Kinder und Kinder von Einwander:innen, können auch in Deutschland nicht in vollem Maße an den Online-Angeboten teilnehmen (Kollender, 2020). Insbesondere diejenigen Kinder, die in Unterkünften für Geflüchtete und Asylbewerber:innen leben, haben oft keinen Zugang zum Internet und/oder zu technischen Geräten wie Laptops oder Tablets und können dem

Online-Unterricht daher nur sehr eingeschränkt oder gar nicht folgen. Ein im Dezember 2020 veröffentlichter Artikel des ifo Instituts beleuchtet verschiedene Studien und zeigt auf, dass nur etwa ein Drittel der Kinder in Sammelunterkünften in Deutschland über einen eigenen Schreibtisch verfügt und nur 56% Zugang zu Internet und 40% Zugang zu einem PC haben. Nur 14% dieser Kinder nutzen den Laptop laut der Studie für sich allein (Rude, 2020). Hinzu kommt, dass durch Isolation und Quarantänen in diesen Unterkünften haupt- und ehrenamtliche Helfer:innen nur einen erschwerten oder keinen Zugang haben und daher die Schüler:innen ohne oder mit nur geringer Unterstützung auskommen müssen (Lauble, 2020). Viele Eltern können ihren Kindern aufgrund fehlender oder geringer Sprachkenntnisse nicht helfen und haben Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit den Lehrer:innen (Kollender & Nimer, 2020). Dies erkannte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Statement zum neuen Integrationsbericht der Fachkommission Integrationsfähigkeit an: Kinder, deren Eltern kein oder schlecht Deutsch sprechen, seien von den Schulschließungen in der Corona-Pandemie besonders betroffen (Die Bundesregierung, 2021a). Insgesamt stehen geflüchtete Kinder einem sehr hohen Risiko gegenüber, im Laufe der Pandemie schwerwiegende Einbußen im Bildungserfolg zu erfahren (Rude, 2020). Mit dem Digitalpakt, dem Sofortprogramm für Schüler:innenlaptops, dem Corona-Aufbaufonds der EU, der Finanzierung technischer Administrator:innen und von Schul-Clouds sind erhebliche Summen in den Ausbau der Digitalisierung geflossen. Diese müssen jedoch auch entsprechend abgerufen, gepflegt und das Personal entsprechend durch Mentoring- und Tutor:innenprogramme begleitet werden (Ebbinghaus, 2020).

Besondere Nachteile entstanden im Zuge der Corona-Pandemie zudem für (geflüchtete) Kinder mit besonderen Bedürfnissen. So können etwa sehbehinderte oder hörgeschädigte Schüler:innen dem Online-Unterricht nicht folgen, der i.d.R. weder Voice-Overs für Graphen und Statistiken, noch Untertitel oder Zeichensprache bieten kann (ebd.). Aufgrund der Lockdowns oder der Kollektivquarantänen in Geflüchteten-Unterkünften ist der Zugang zu psychischer Hilfe derzeit erschwert. Legale Unterstützung fehlt nicht nur für diejenigen, die eine Abschiebung fürchten, sondern auch jenen, deren Familienzusammenführungen nicht stattfinden konnte (ebd.). Auch unbegleitete geflüchtete Minderjährige stehen unter enormen psychischen Stress, welcher die Konzentration auf Bildung zusätzlich erschwert.

Auswirkungen auf die Berufsausbildung

Die Covid-19 Pandemie beeinträchtigt außerdem die Ausbildungschancen von Geflüchteten, Migrant:innen und Kindern von Einwander:innen. Laut

einer Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), „Betriebe in der Covid-19-Krise“ von Dezember 2020, werden insbesondere kleinere Betriebe sowie Betriebe, die von der Krise besonders betroffen sind, weniger Ausbildungsplätze anbieten (Bellmann et al., 2021a).

Abb. 2: Gründe der Betriebe, infolge der Corona-Krise weniger Ausbildungsplätze anzubieten als ursprünglich geplant

Angaben der Betriebe, die im kommenden Ausbildungsjahr krisenbedingt weniger Ausbildungsplätze besetzen oder gar keine Ausbildungsplätze anbieten wollen (N = 125), Anteile in Prozent



Quelle: Betriebsbefragung „Betriebe in der Covid-19-Krise“, Welle 7, 7.-18.12.2020 (N = 1.511), © IAB

Gründe der Betriebe weniger Ausbildungsplätze anzubieten,
Quelle: Bellmann et al., 2021a

Dies liegt vor allem an unsicheren Geschäftserwartungen. Erschwerte Bedingungen für Vorstellungsgespräche und Praktika bzw. Probearbeitstage sowie fehlende Beratungsstrukturen und Ausbildungsmessen führen zu einem Rückgang der Lehrstellenangebote. Insbesondere Geflüchteten wird der Einstieg in eine Berufsausbildung, der im Regelfall durch ein Praktikum begonnen wird, erschwert. Beratungsangebote sowie professionelle Unterstützungsstrukturen stellen vor allem für Jugendliche eine wichtige Maßnahme zur Berufsorientierung dar (Schwarz et al., 2020; Schreyer & Bauer, 2021). Während der Covid-19-Pandemie können viele Maßnahmen der Berufsorientierung aber nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden (Schwarz et al., 2020). Hier braucht es insbesondere digitale Angebote für die Ausbildungs- und Anerkennungsberatung sowie die Erstqualifikation und für Qualifizierungsmaßnahmen. Förderprogramme wie beispielsweise das Programm „Ausbildungsplätze sichern“ der Bundesregierung können helfen, dieser Tendenz entgegenzuwirken und weiterhin die Ausbildung von Fachkräften sichern. Dazu muss dieses Programm jedoch verlängert werden und die Informationskampagne gestärkt werden (Bellmann et al., 2021b). Zudem können Unternehmen und Handelskammern dazu beitragen, über diese und weitere Chancen zu informieren und Geflüchtete und Migrant:innen zu unterstützen, gerade bei Klein- und Mit-

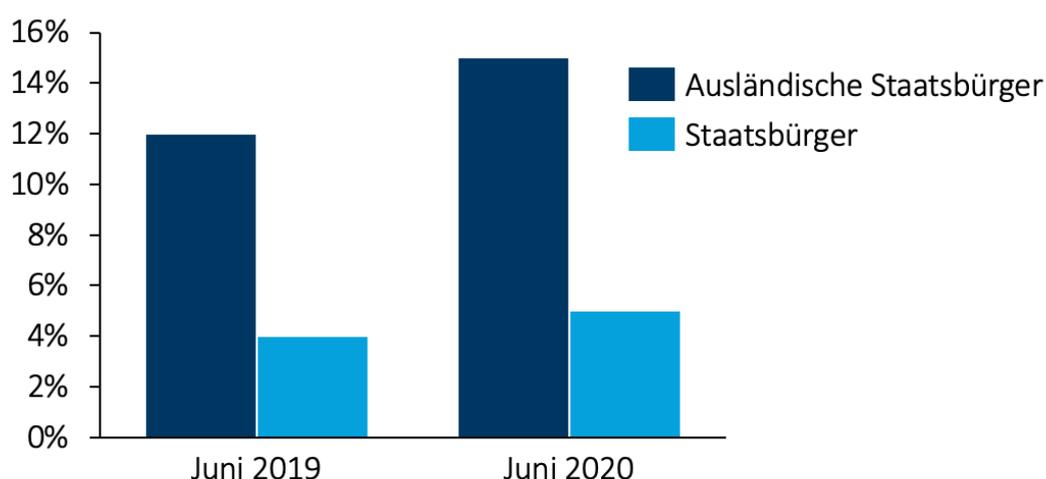
telunternehmen, die nicht über eigene Kapazitäten zur Anwerbung verfügen oder vor den unvorhersehbaren wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie zurückschrecken.

3.2.4. Zugang zu Arbeit

Die Auswirkungen der Pandemie auf den Zugang von Migrant:innen speziell zum Arbeitsmarkt in den OECD-Ländern sind schwer zu bemessen, vor allem für jene europäischen Staaten, in denen „Puffer“ in Form von Kurzarbeit oder Boni zur Abmilderung der Krise eingesetzt wurden. Dennoch zeigt sich bereits jetzt eine überproportional negative Bilanz der Corona-Pandemie für Migrant:innen bereits beim Zugang zum Territorium, aber auch bei dem Verlust eines bisherigen Arbeitsplatzes (OECD, 2020), auch in Deutschland (Brücker et al., 2020).

Erwerbslosigkeit im Vergleich, Deutschland

Juni 2019 - Juni 2020



Quelle: Dumont 2020

Zunehmende Erwerbslosigkeit

Zwischen März und Juli 2020 stieg die Arbeitslosenquote unter Drittstaatler:innen in Deutschland um 5,2%, davon um 13,4% bei Personen aus den typischen Asylherkunftsländern und etwa um 2,6% bei EU-Ausländer:innen (Brücker et al. 2020). Im Januar 2021 stieg die absolute Zahl der Arbeitslosen mit ausländischer Staatsbürgerschaft abermals um 6,7% gegenüber dem Vormonat, darunter um 9,1% unter Personen aus EU-27-Staaten sowie Großbritannien, und um 5,8% unter Personen aus Kriegs- und Krisenländern (Brücker et al., 2021). Nach der temporären Aussetzung des Lockdowns im Sommer 2020 war die Beschäftigung von Migrant:innen schnell wieder an-

gestiegen. Sie konnten etwa von der zeitweisen Wiedereröffnung der Gastronomie profitieren (Bertelsmann Stiftung, 2020). Noch gibt es keine Daten dazu, ob und inwieweit diese Beschäftigungsverhältnisse zur Erwerbssicherung beitragen oder von welcher Dauer sie angesichts eines erneuten Lockdowns sein konnten.

Mangelnde Sprachkenntnisse, unterschiedliche Bildungsniveaus oder erschwerte Bildungs- und Berufsankennung stellten bereits vor der Pandemie Hürden für Drittstaatsangehörige, darunter viele Geflüchtete, dar. Dennoch hatten Anfang des Jahres 2020 40% der Staatsbürger:innen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea, Iran, Pakistan, Nigeria und Somalia – überwiegend Asylbewerber:innen – in Deutschland eine Arbeit gefunden – erheblich mehr, als erwartet worden war (Giesing & Hofbauer, 2020). Allerdings arbeiteten sie eher in den von der Pandemie am stärksten betroffenen Sektoren, wie im Hotel- oder Gaststättengewerbe (Vallizadeh in Janke & Bauer, 2020). Zudem wirkten sie häufiger in Leiharbeit, Zeitarbeit oder arbeiteten in Minijobs oder kleineren Betrieben bei gleichzeitig jüngerer Betriebszugehörigkeit (Bathke, 2020). Vor allem für viele Arbeitsmigrant:innen im Niedriglohnbereich ist außerdem Heimarbeit als Schutz vor Infektion keine Option. Besonders vulnerabel sind Beschäftigte im informellen Sektor, unter ihnen viele Migrant:innen mit irregulärem Aufenthaltsstatus (ILO, 2020b). Sie haben keinen Zugang zu sozialem Schutz, bezahltem Krankenstand oder staatlichen Hilfspaketen (Braunsdorf & Rother, 2020). Einige europäische Staaten, wie Portugal oder Italien, starteten im Zuge der Pandemie daher Regularisierungsprogramme für undokumentierte Migrant:innen, um ihnen Arbeitsschutz, Sozialleistungen und den Zugang zum Gesundheitssystem zu gewährleisten (ebd.) und auch, um Arbeitskräftemangel in systemrelevanten Berufen zu verringern. Auch in Deutschland wurden in einigen Bundesländern Maßnahmen ergriffen, die es ausländischen Ärzt:innen vereinfacht ermöglichten, ihren Beruf im Rahmen der Pandemie auszuüben (ODI, 2020).

Migrant:innen und Geflüchtete sind systemrelevant

Die Krise hat überdeutlich gezeigt: Migrant:innen und Menschen mit Fluchtgeschichte sind vielfach in sog. „systemrelevanten“ Berufen tätig: In der Landwirtschaft, dem Lebensmittelsektor, in Energieversorgung, Vertrieb und Einzelhandel, im öffentlichen Nahverkehr sowie gerade auch im Gesundheits- und Sozialwesen stellen Migrant:innen rund 13% der Arbeitnehmer:innen in der EU (Fasani & Mazza, 2020). In Deutschland haben über 30% der im Lebensmittelsektor, in der Landwirtschaft und im Reinigungsgewerbe arbeitenden Personen eine ausländische Staatsbürgerschaft; im

Verkehrswesen und im öffentlichen Personenverkehr sind es rund 20% (Giesing & Hofbauer, 2020).

In einigen EU-Mitgliedstaaten wurden diverse Maßnahmen zum Erhalt oder Ausbau von Arbeitsmöglichkeiten ergriffen, die dazu beitragen sollten, die fragilen Gesundheitssysteme zu stärken: Verlängerungen der Arbeitsgenehmigungen, die internationale Rekrutierung von Arbeitskräften, das Erteilen temporärer Approbationen und Lizenzen, eine erleichterte Anerkennung ausländischer Qualifikationen (Gencianos, 2020). Migrant:innen stellen in der Europäischen Union 11% der Arbeitskräfte im Gesundheitswesen; global sind mehr als 80% dieser Arbeitskräfte Frauen*. Sie sind seit Beginn der Pandemie an vorderster Front und damit einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt, während gleichzeitig niedrige Gehälter und schlechte Arbeitsbedingungen vorherrschen (ebd.). Nicht nur in diesem Sektor gilt: „Je prekärer die Arbeit und je schlechter die Arbeitsbedingungen, desto höher die Infektionsrate.“ (Braunsdorf & Rother, 2020).

Ungleichheiten bei Arbeitnehmerinnen

Bereits vor der Pandemie bestand weltweit ein Gefälle von Lohn und Arbeitsverhältnissen zwischen Menschen ohne Migrationserfahrung und Nachkommen von Eingewanderten, Migrant:innen und Geflüchteten. Besonders geflüchtete und migrierte Frauen* waren und sind Zielscheibe von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Die Lohnunterschiede zwischen männlichen Staatsbürgern und weiblichen Migrantinnen* liegen im Durchschnitt bei fast 21% pro Stunde. Grund dafür ist vor allem, so zeigt eine Studie der ILO (2020a) - die 49 Staaten, unter anderem alle Mitgliedstaaten der EU, Kanada und Australien untersucht - die überdurchschnittliche Beschäftigung von Frauen* in häuslicher Pflegearbeit. In Deutschland sind bis zu 500.000 Frauen* als Pflegekraft in privaten Haushalten beschäftigt, die meisten davon aus Polen, aber zunehmend auch aus Rumänien, Bulgarien oder der Ukraine. Schätzungsweise 90% von ihnen arbeiten ohne gültigen Arbeitsvertrag. Die Pandemie hat ihre Lage verschärft, da die Rückkehr ins Herkunftsland erschwert und im Falle von Krankheit oft kein Zugang zum deutschen Gesundheitssystem gegeben ist (Safuta & Noack, 2020).

Nicht nur in der häuslichen Pflege, sondern auch in weiteren Sektoren mit einem hohen Anteil an Migrant:innen und Geflüchteten als Arbeitnehmer:innen, wie beispielsweise in dem Lebensmittelsektor, der Gastronomie und in der Fleischindustrie braucht es gesetzliche Förderungsmaßnahmen sowie gesetzliche Regelungen auf Bundesebene, die eine gerechtere und sicherere Arbeitsbedingungen befördern. Außerdem sollten insbesondere

Anwerbeagenturen für Personal einer strikten Zertifizierung unterliegen. Ebenso sind Qualifizierungsanerkennungen sowie Nachqualifikationsmaßnahmen zu vereinfachen und flankierende Integrationsmaßnahmen zu überdenken.

Schließlich hat die Pandemie verdeutlicht, dass ein alleiniger Fokus auf temporäre Arbeitsmigration sich aufgrund des Wandels in der Arbeitswelt nicht rentieren wird (MPI, 2020b). Die Förderung Teilhabe von Menschen sollte daher im Mittelpunkt arbeitsmigrationspolitischer Maßnahmen stehen (ebd.).

3.2.5. Querschnittsthema Rassismus & Diskriminierung

Seit Beginn der Pandemie werden vor allem in sozialen Netzwerken verstärkt aggressive, mitunter diskriminierende und sogar rassistische Diskurse gegenüber Geflüchteten und Migrant:innen geführt. Die Suche nach „Sündenböcken“ machte Nachkommen von Eingewanderten, Migrant:innen und Geflüchtete zur Zielscheibe von Hassreden, Gewaltakten und weiteren Formen der Ausgrenzung (Kollender, 2020), deren Beispiele in diesem Artikel nicht reproduziert werden. Besonders zu Beginn der Krise wurden als asiatisch wahrgenommene Menschen zu Opfern rassistischer Übergriffe, von Beleidigungen bis hin zu körperlicher Gewalt (Taz Talk #35 meets DeZIM, 2020).

Zwar sei der gesellschaftliche Zusammenhalt insgesamt während der Pandemie als gleichbleibend oder verbessert wahrgenommen worden, so eine Studie der Bertelsmann Stiftung, jedoch betreffe das bestimmte Personengruppen weniger: „Wer allein lebt oder alleinerziehend ist, wer Nachkomme von Eingewanderten ist oder nur über geringes Einkommen verfügt, empfindet den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Gesellschaft als schwächer“ (Follmer & Brand & Unzicker, 2020: 10). Deutlich wurde auch, dass Debatten über Solidarität in der Covid-19 Pandemie Migrant:innen ohne Papiere nicht eingeschlossen haben. Sie arbeiten meist zu niedrigen Löhnen und haben keinerlei Zugang zu sozialen Sicherungsnetzen (Volknant, 2020).

Besonders auf der Bundesebene braucht es ein entschiedenes Vorgehen gegen Rassismus und Diskriminierung. Neben einer reaktiven Arbeit sind mehr präventive Maßnahmen notwendig, wie beispielsweise rassistuskritische Bildungsarbeit, die nicht nur für Schüler:innen und Student:innen im Rahmen der Curricula, sondern auch für Arbeitnehmer:innen in Betrie-

ben, in Unterkünften, in Gesundheitseinrichtungen und auch in Behörden stattfinden sollte. Des Weiteren brauchen die vom Kabinettsausschuss “zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus” (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 2020) beschlossenen 89 Einzelmaßnahmen eine strategische und schlagkräftige Bündelung und Umsetzung.

4. Ausblick: Expertise nutzen und ausbauen

Während ihrer Eröffnungsrede der Konferenz der EU-Kommission zu Integration und Innovation, betonte Kommissarin Ylva Johansson, dass Integration eine „langfristige Investition“ für eine „starke und robuste Gesellschaft“ sei (EU KOM, 2021b). Auch Kommissar Nicolas Schmit betonte, es sei nun an der Zeit, die Chance zu nutzen und Migrant:innen und Geflüchteten das Signal zu geben, dass Sie nicht „neben uns“ sondern „mit, und unter uns“ leben (ebd.). Dies zeichnet die aktuelle Strategie der Europäischen Kommission aus. Des Weiteren rückt zunehmend in den Fokus, dass Migrant:innen und Geflüchtete nicht homogen sind, sondern als Individuen mit eigenen Bedarfen verstanden werden müssen. Daher braucht es in Zukunft die Stärkung von inklusiven, kommunikativen und bereichsübergreifenden Maßnahmen (ebd.). Die Pandemie hat diese Notwendigkeit nochmals in das Bewusstsein gerückt.

Während zuvor „Integration“ als eine Nischenthematik befunden wurde, können nun die Erfahrungen und die „Whole-of-Government“-Expertise des Themenbereichs Migration und Integration sowie die bestehenden Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nun genutzt werden (MPI, 2020b). So wurde beispielsweise im Rahmen der Pandemie verdeutlicht, dass es eine Diversitätssensibilität und Mehrsprachigkeit nicht nur in migrations- und integrations-bezogenen Instituten, sondern auch in Gesundheitseinrichtungen und weiteren Behörden notwendig ist. Statt „neuer“ und ad-hoc Innovationen sollte nun ein Ausbau bestehender guter Praxis angestrebt werden (vgl. Bendel, 2020). Dazu zählt auch besonderes zivilgesellschaftliches Engagement. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände können zusätzlich mobilisiert werden, auch um digitale Unterstützung zu leisten.

5. Team

Projektteam

Projektleitung:

- **Prof. Dr. Petra Bendel**, Professorin für Politische Wissenschaft, seit April 2021 Leiterin des Forschungsbereichs Migration, Flucht und Integration (MFI) am Institut für Politische Wissenschaft (IPW). (Zuvor: Akademische Direktorin des Zentralinstitut für Regionenforschung)

Projektmitarbeiter:innen:

- **Yasemin Bekyol**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, MFI, FAU
- **Marlene Leisenheimer**, Studentische Hilfskraft, MFI, FAU
- **Finn König**, Studentische Hilfskraft, MFI, FAU

Facilitator:

- **Dr. Winfried Veit**, Politikwissenschaftler; Publizist

Designerin:

- **Dorsa Javaherian**, Designerin, ArtAsyl e.V.

Unterstützung

- **Meis Alkhafaji**, Studentische Hilfskraft, MFI, FAU
- **Mojib Rahman Atal**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter VIOLIN, MFI, FAU
- **Ferda Ataman**, Journalistin; Vorsitzende der „Neuen deutschen Medienmacher:innen“
- **Magdalena Fackler**, Studentische Hilfskraft, MFI, FAU
- **Lukas Geisler**, Studentische Hilfskraft, MFI, FAU
- **Johanna C. Günther**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, MPRG, Stiftung Universität Hildesheim
- **Christiane Heimann**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, MPRG, Stiftung Universität Hildesheim
- **Prof. Dr. Hannes Schammann**, Leitung Migration Policy Research Group (MPRG), Stiftung Universität Hildesheim
- **Christin Younso**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, MPRG, Stiftung Universität Hildesheim
- **Franziska L. Ziegler**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, MPRG, Stiftung Universität Hildesheim

Scenario-Building Team

- **Dr. Franck Düvell**, leitender Wissenschaftler, Institut für Migrationsfor-

schaftung und interkulturelle Studien (IMIS) und Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)

- **Dr. Danielle Gluns**, Leiterin der Forschungs- und Transferstelle Migrationspolitik, Stiftung Universität Hildesheim
- **Dr. Constantin Hruschka**, Senior Researcher, Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik
- **Victoria Rietig**, Leiterin des Migrationsprogramms, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)
- **Dr. Olaf Kleist**, Researcher, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM); Gründer und Vorsitzender, Netzwerk Fluchtforschung
- **Dr. Axel Kreienbrink**, Leiter des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- **Matthias Lücke**, Wirtschaftswissenschaftler, Kieler Institut für Weltwirtschaft; Koordinator, Mercator Dialogue on Asylum and Migration (MEDAM); Senior-Ökonom, Internationales Weltwirtschaftsforum
- **Dr. Deniz Nergiz**, Geschäftsführerin, Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI)
- **Norbert Seitz**, Mitglied der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit; Vorstandsmitglied, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
- **Janina Stürner**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, MFI, FAU Erlangen Nürnberg
- **Dr. Manès Weisskircher**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)
- **Dr. Lorenz Wiese**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Centre for Human Rights Erlangen-Nürnberg (CHREN), FAU
- **Prof. Dr. Andreas Zick**, Leitung Institut für Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld



Scenario-Building Workshop, November 2020

6. Quellen

- Acostamadiedo, E., Sohst, R., Tjaden, J., Groenewold, G., de Valk, H., & Melde, S. (2020). Assessing immigration scenarios for the European Union in 2030 – Plausible, probable, relevant? Paper presented at the National EMN Conference 2020: “Forecasting the Future of Global Migration”, Digital Conference.
- Altgeld, T. (2018). Bestandsaufnahme von Interventionen (Modelle guter Praxis) zur Gesundheitsförderung und Prävention bei Menschen mit Migrationshintergrund. Abgerufen 20.10.2020, von https://www.gkv-buendnis.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Bestandsaufnahme_Migration_Altgeld_2018.pdf
- Andriescu, M. (2020). Under Lockdown Amid COVID-19 Pandemic, Europe Feels the Pinch from Slowed Intra-EU Labor Mobility. Migration Information Source. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.migrationpolicy.org/article/covid19-europe-feels-pinch-slowed-intra-eu-labor-mobility>
- Bathke, B. (2020). In Germany, the coronavirus disproportionately affects migrants. InfoMigrants. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.infomigrants.net/en/post/26440/in-germany-the-coronavirus-disproportionately-affects-migrants>
- Bekyol, Y., & Bendel, P. (2016). Reception of Female Refugees and Asylum Seekers in the EU - Case Study Belgium and Germany. Abgerufen 06.03.2021, von [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=IPOL_STU\(2016\)571364](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=IPOL_STU(2016)571364)
- Bellmann, L., Fitzenberger, B., Gleiser, P., Kagerl, C., Kleifgen, E., Koch, T., König, C., Leber, U., Pohlan, L., Roth, D., Schierholz, M., Stegmaier, J., & Aminian, A. (2021a). Jeder zehnte ausbildungsberechtigte Betrieb könnte im kommenden Ausbildungsjahr krisenbedingt weniger Lehrstellen besetzen. Abgerufen 06.03.2021, von <https://www.iab-forum.de/jeder-zehnte-ausbildungsberechtigte-betrieb-koennte-im-kommenden-ausbildungsjahr-krisenbedingt-weniger-lehrstellen-besetzen/>
- Bellmann, L., Fitzenberger, B., Gleiser, P., Kagerl, C., Kleifgen, E., Koch, T., König, C., Leber, U., Pohlan, L., Roth, D., Schierholz, M., Stegmaier, J., & Aminian, A. (2021b). Die Mehrheit der förderberechtigten Betriebe wird das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ nutzen. Abgerufen 06.03.2021, von <https://www.iab-forum.de/die-mehrheit-der-foerderberechtigten-betriebe-wird-das-bundesprogramm-ausbildungsplaetze-sichern-nutzen/>

- Bendel, P. (2020). Innovative or ad hoc? Practices of migrant integration in light of COVID-19. Abgerufen 06.03.2021, von <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=1024&furtherNews=yes&newsId=9814>
- Benton, M. (2020). The Rocky Road to a Mobile World after COVID-19. Migration Policy Institute. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.migrationpolicy.org/news/rocky-road-mobile-world-after-covid-19>
- Bertelsmann Stiftung. (2020). Neun Monate Pandemie: Auswirkungen von COVID-19 auf Erwerbsmigration und die Arbeitsmarktlage von Migrant:innen in Deutschland. Abgerufen 19.02.2021, von <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/migration-fair-gestalten/projektnachrichten/dritte-migration-zoom-time>
- BMG. (2021). Fragen und Antworten zur Coronavirus-Impfverordnung. Abgerufen 12.02.2021, von <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/faq-covid-19-impfung/faq-impfverordnung.html#c20411>
- Borde, T., & Blümel, S. (2020). Gesundheitsförderung und Migrationshintergrund. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.leitbegriffe.bzga.de/systematisches-verzeichnis/strukturen-settings-und-zielgruppen/gesundheitsfoerderung-und-migrationshintergrund/>
- Bozorgmehr, K., Hintermeier, M., & Razum, O. (2020). SARS-CoV- 2 in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete: Epidemiologische und normativ-rechtliche Aspekte. Kompetenznetz Public Health COVID-19, Version 1.0. Abgerufen 20.10.2020, von https://pub.uni-bielefeld.de/download/2943665/2943668/FactSheet_PHNetwork-Covid19_Aufnahmeeinrichtungen_v1_inkl_ANNEX.pdf#page=2
- Braunsdorf, F., & Rother, S. (2020). Worst case Szenario. Die Pandemie hat gravierende Auswirkungen auf Migranten und Geflüchtete. Gleichzeitig wird ihre Systemrelevanz deutlich. IPG. Abgerufen 05.01.2021, von <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/worst-case-szenario-4457/>
- Brücker, H., Hauptmann, A., Keita, S., & Vallizadeh, E. (2020). Zuwanderungsmonitor Juli 2020. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB). Abgerufen 20.10.2020, von http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor_2007.pdf
- Brücker, H., Hauptmann, A., Keita, S., & Vallizadeh, E. (2021). Zuwanderungsmonitor Januar 2021. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB). Abgerufen 18.02.2021, von

http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor_2101.pdf

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales. (2019). Einführung einer Statistik zur Wohnungslosigkeit. Abgerufen 23.03.2021, von <https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/2019/bundesregierung-beschliesst-einfuehrung-einer-statistik-zu-wohnungslosigkeit.html>
- Daum, J. (2001). How scenario planning can significantly reduce strategic risks and boost value in the innovation chain. The New Economy Analyst Report.
- Die Bundesregierung. (2021a). Integrationsbericht. Das Miteinander gestalten. Abgerufen 15.02.2021, von <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/integrationsbericht-1840818>
- Die Bundesregierung. (2021b). Kostenlose FFP2-Masken für Hilfebedürftige. Abgerufen 24.02.2021, von <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/kostenlose-masken-1846278>
- DIMR. (2020a). Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland. Juli 2019 – Juni 2020. Bericht an den Deutschen Bundestag gemäß § 2 Absatz 5 DIMRG. Abgerufen 12.02.2021, von <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/entwicklung-der-menschenrechtssituation-in-deutschland-juli-2019-juni-2020>
- DIMR. (2020b). Triage: Gesetzgeber muss diskriminierungsfreie Entscheidung über intensivmedizinische Ressourcen sicherstellen. Abgerufen 21.12.2020, von <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/triage-gesetzgeber-muss-diskriminierungsfreie-entscheidung-ueber-intensivmedizinische-ressourcen-sicherstellen>
- DIMR. (2020c). Sammelunterkünfte für geflüchtete Menschen: Gewaltschutz für Kinder kommt zu kurz. Abgerufen 21.12.2020, von <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/gewaltschutz-von-kindern-in-sammelunterkuenften>
- Dumont, J.-C. (2020). EU and OECD Member States Responses to Managing Residence Permits and Migrant Unemployment during the COVID-19 Pandemic. Paper presented at the EMN-OECD Webinar „Impact of COVID-19 on international students in EU and OECD Member States“, Digital Conference.
- EASO. (2020). Asylum applications remain 31% lower than in 2019. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.easo.europa.eu/news-events/asylum-applications-remain-31-lower-2019>

- Ebbinghaus, U. (2020). „Digitalisierung ist kein pädagogisches Konzept“, FAZ vom 15.10.2020. Abgerufen 13.03.2021, von <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/klassenzimmer/unterricht-der-zukunft-digitalisierung-an-schulen-laeuft-falsch-17001163-p4.html>
- Egeland, J. (2020). The little talked about effects of Covid-19. Al Jazeera. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.aljazeera.com/opinions/2020/9/25/the-little-talked-about-side-effects-of-covid-19/>
- Engelmann, C., Mahler, C., & Follmar-Otto, P. (2020). Von der Notlösung zum Dauerzustand. Recht und Praxis der kommunalen Unterbringung wohnungsloser Menschen in Deutschland. Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin. Abgerufen 06.03.2021, von <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/von-der-notloesung-zum-dauerzustand>
- epd/mig. (2020). Corona: 220.000 Einwanderer unterbrechen Integrationskurse. Migazin. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.migazin.de/2020/05/20/220-000-einwanderer-unterbrechen-wegen-corona-integrationskurse/>
- EU KOM. (2020). New Pact on Migration and Asylum. Abgerufen 20.10.2020, von https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/johansson/announcements/new-pact-migration-and-asylum_en
- EU KOM. (2021a). Migration statistics update: the impact of COVID-19. Abgerufen 07.03.2021, von https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_232
- EU KOM. (2021b). Innovative approaches to integration and inclusion of migrants. Synthesis Report: Mutual Learning Conference. Abgerufen 07.03.2021, von <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=1024&furtherNews=yes&newsId=9814>
- Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. (2021). Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten, Berlin. Abgerufen 28.02.2021, von <https://www.fachkommission-integrationsfaehigkeit.de/fk-int/>
- Fasani, F., & Mazza, J. (2020). Immigrant Key Workers: Their Contribution to Europe’s Covid-19 Response. Abgerufen 28.02.2021, von https://knowledge4policy.ec.europa.eu/publication/immigrant-key-workers-their-contribution-europes-covid-19-response_en
- Flüchtlingsrat Niedersachsen. (2020). Familiennachzug: Corona-Krise trifft getrennte Familien hart. Abgerufen 07.03.2021, von <https://www.>

nds-fluerat.org/themen/familienzusammenfuehrung/familiennachzug-corona-krise-trifft-getrennte-familien-hart/

- Fokken, S. (2020). Ausländische Studierende dürfen nur bedingt einreisen. Spiegel. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/coronakrise-auslaendische-studierende-koennen-nur-ingeschraenkt-einreisen-a-4b918600-6d44-431e-80ca-205dc7bea91d>
- Follmer, R., Brand, T., & Unzicker, K. (2020). Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-2020>
- Frauen*Beauftragte der Alice Salomon Hochschule Berlin. (2019). Hinweise und Empfehlungen für geschlechtergerechte Sprache an der ASH Berlin. Abgerufen 31.03.2021, von https://www.ash-berlin.eu/fileadmin/Daten/Einrichtungen/Frauenbeauftragte/Geschlechtergerechte_Sprache_Hinweise_und_Empfehlungen_an_der_ASH_Berlin_April_2019.pdf
- Gencianos, G. (2020). Migrantische Arbeitskräfte an vorderster Front im Gesundheitswesen. FES, Themenportal Flucht, Migration, Integration. Abgerufen 06.01.2021, von <https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/artikelseite-flucht-migration-integration/migrantische-arbeitskraefte-an-vorderster-front-im-gesundheitswesen>
- Gerl, M., Glas, A., & Kästner, A. (2021). Die Verteilung der FFP2-Masken für Bedürftige läuft nicht reibungslos. Abgerufen 07.03.2021, von <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-coronavirus-ffp2-masken-beduerftige-1.5182594>
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. (2020a). Geflüchtete Kinder und Jugendliche. Wie die Coronapandemie die Bildungschancen Geflüchteter verschlechtert. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/wie-die-pandemie-die-bildungschancen-gefluechteter-kinder-und-jugendlicher-verschlechtert/>
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. (2020b). Unterrichtsmodelle des BAMF für die Integrations- und Berufssprachkurse unter den Bedingungen der Covid-19 Pandemie – Eine kritische Bestandsaufnahme der GEW. Abgerufen 06.03.2021, von <https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Weiterbildung/Integrationskurse/Infoblatt-Integrationskurse-Corona.pdf>
- Ghelli, F. (2021). Covid-19: Flüchtlingsunterkünfte stark betroffen. Mediendienst Integration. Abgerufen 01.02.2021, von <https://mediendienst->

[integration.de/artikel/bundeslaender-muessen-fluechtlingsunterkuente-entzerren.html](https://www.integrationsbeauftragte.de/artikel/bundeslaender-muessen-fluechtlingsunterkuente-entzerren.html)

- Ghezelbash, D. (2020). COVID-19 and the end of asylum. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.kaldorcentre.unsw.edu.au/publication/covid-19-and-end-asylum>
- Giannini, S., & Albrechtsen, A.-B. (2020). Covid-19 school closures around the world will hit girls hardest. UNESCO. Abgerufen 04.01.2021, von <https://en.unesco.org/news/covid-19-school-closures-around-world-will-hit-girls-hardest>
- Giesing, Y., & Hofbauer, M. (2020). Wie wirkt sich Covid-19 auf Migration und Integration aus? ifo Schnelldienst, 07/2020, 41-46. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/wie-wirkt-sich-covid-19-auf-migration-und-integration-aus>
- Gottardo, C. & Cymant, P. (2020). How COVID-19 affects Women in Migration. Friedrich-Ebert-Stiftung. Abgerufen 14.12.2020, von <https://www.fes.de/en/displacement-migration-integration/article-page-flight-migration-integration/how-covid-19-effects-women-in-migration-1-1>
- HCHE. (2021). Ergebnisse der 5. Befragungswelle vom 19. Januar – 01. Februar 2021. Covid-19-Studie: Impfbereitschaft und Vertrauen in die Impfstoffe steigt. Abgerufen 18.02.2021, von <https://www.hche.uni-hamburg.de/corona/5-fuenfte-befragungswelle.html>
- IFRC. (2020). IFRC President: Migrants must not be left stranded at back of COVID-19 vaccine queue. Abgerufen 24.01.2021, von <https://media.ifrc.org/ifrc/press-release/ifrc-president-migrants-must-not-left-stranded-back-covid-19-vaccine-queue/>
- ILO. (2020a). Labour migration: Migrant pay gap widens in many high-income countries. Abgerufen 05.01.2021, von https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_763763/lang--en/index.htm#:~:text=Migrants%20earn%20nearly%2013%20per,much%20as%2042%20per%20cent.&text=In%20some%20countries%20such%20as,and%2025%20per%20cent%20respectively
- ILO. (2020b). Social protection for migrant workers: A necessary response to the Covid-19 crisis. ILO Brief: Social Protection Spotlight. Abgerufen 15.10.2020, von https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---soc_sec/documents/publication/wcms_748979.pdf
- Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. (o.J.). Coronavirus – wir informieren in mehreren Sprachen. Abgerufen 01.03.2021, von <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informatio->

[nen-zum-coronavirus](#)

- IOM. (2020). Include Migrants in Vaccine Plans, IOM Urges at Regional Health Conference. Abgerufen 24.01.2021, von <https://www.iom.int/news/include-migrants-vaccine-plans-iom-urges-regional-health-conference>
- Ipsos. (2021). Global Attitudes on a Covid-19 Vaccine. Ipsos survey for the World Economic Forum. Abgerufen 18.02.2021, von <https://www.ipsos.com/en-us/global-attitudes-covid-19-vaccine-january-2021>
- Janke, C., & Bauer, J. (2020). Corona-Pandemie: Geflüchtete fürchten um ihre Jobs. Mediendienst Integration. Abgerufen 20.10.2020, von <https://mediendienst-integration.de/artikel/gefluechtete-fuerchten-um-ihre-jobs.html>
- Kahane, A. (2012). Transformative Scenario Planning, San Francisco, California: Berrett-Koehler Publishers.
- Kollender, E. (2020). Bildung für alle – oder nur für einige? COVID-19 und die Diskriminierung von „geflüchteten Kindern“ in deutschen Bildungssystem. FluchtforschungsBlog Netzwerk Fluchtforschung. Abgerufen 20.10.2020, von <https://blog.fluchtforschung.net/bildung-fur-alle-oder-nur-fur-einige/>
- Kollender, E. & Nimer, M. (2020). Long-term exclusionary effects of COVID-19 for refugee children in the German and Turkish education systems: a comparative perspective. IPC-Mercator Policy Brief. Istanbul Policy Center-Sabanci University-Stiftung Mercator Initiative. Abgerufen 04.01.2021, von <https://ipc.sabanciuniv.edu/Content/Images/CKeditorImages/20200708-02075629.pdf>
- Krennerich, M. (2020). Gesundheit als Menschenrecht. Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) 46-47/2020. Abgerufen 07.03.2021, von <https://www.bpb.de/apuz/weltgesundheit-2020/318302/gesundheit-als-menschenrecht>
- Langendorf, K. (2021). Verteilung von FFP2-Masken: Wohnungslose und Menschen und er Illegalität sind nicht mitbedacht. Pressestelle des Deutschen Caritasverbandes. Abgerufen 25.02.2021, von: <https://www.caritas.de/fuerprofis/presse/pressemeldungen/verteilung-von-ffp2-masken-wohnungslose-und-menschen-in-der-illegalitaet-sind-nicht-mitbedacht-7896085f-0db6-4abd-98ae-84f119112c86>
- Lauble, A. (2020). Ehrenamt: Wie Corona die Flüchtlingsinitiativen beeinflusst. Abgerufen 20.10.2020, von <https://mediendienst-integration.de/artikel/wie-corona-die-fluechtlingsinitiativen-beeinflusst.html>

- Ludwig, K. (2020). Migranten in Deutschland: Kein Job, keine Krankenversicherung. Süddeutsche Zeitung. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.sueddeutsche.de/politik/migranten-in-deutschland-kein-job-keine-krankenversicherung-1.4944003>
- Medibüros/Medinetze. (2020). Politische Entwicklung: Kollektivquarantäne – Gesundheitsgefährdung durch sinnwidrige Maßnahmen der Behörden. Abgerufen 20.10.2020, von <http://gesundheit-gefuechtete.info/kollektivquarantaene-gesundheitsgefaehrdung-durch-sinnwidrige-massnahmen-der-behoerden/>
- Mediendienst Integration. (2020). Corona-Pandemie und Migration. Abgerufen 20.10.2020, von <https://mediendienst-integration.de/migration/corona-pandemie.html>
- Mietzner, D., & Reger, G. (2005). Advantages and Disadvantages of Scenario Approaches for Strategic Foresight. International Journal of Technology Intelligence and Planning, 1(2), 220-239. Abgerufen 20.10.2020, von https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1736110
- Moniz, A. (2005). Scenario-building methods as a tool for policy analysis. Paper presented at the ESF International Workshop on Innovative comparative methods for policy analysis, Erfurt.
- MPI. (2020a). Moving beyond the Pandemic – A Podcast. Abgerufen 01.02.2021, von <https://www.migrationpolicy.org/about/moving-beyond-pandemic-podcast>
- MPI. (2020b). Welfare States and Migration: How Will the Pandemic Reshape a Complex Relationship? Webinar. Abgerufen 01.02.2021, von <https://www.migrationpolicy.org/events/welfare-migration-how-will-pandemic-reshape-relationship>
- Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge. (o.J.). Was passiert mit Anträgen auf Familienzusammenführung während der Corona Pandemie? Abgerufen 07.03.2021, von <https://www.unternehmen-integrieren-fluechtlinge.de/faq/was-passiert-mit-dem-antrag-auf-familienzusammenfuehrung-waehrend-der-corona-pandemie/>
- ODI. (2020). Key workers: Migrants' contribution to the COVID-19 response. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.odi.org/migrant-key-workers-covid-19/>
- OECD. (2020). International Migration Outlook 2020. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.oecd-ilibrary.org/content/publication/ec98f531-en>

- Open Society Foundations & Columbia University. (2020). Informal Coordination Call.
- Otten, M. (2019). Partizipative Forschung zur Teilhabe von geflüchteten Menschen mit Behinderung. In: Klomann, V. & Frieters-Reermann, N. & Geneger-Stricker, M & Sylla, N. (2019) (Hrsg.). Forschung im Kontext von Bildung und Migration. Kritische Reflexionen zu Methodik, Denklogiken und Machtverhältnissen in Forschungsprozessen. Springer VS: S. 181-194.
- Perspektive Online. (2021). Nach erneutem Corona-Ausbruch: Köln beschließt Auflösung aller Geflüchtetenlager. Abgerufen 12.02.2021, von <https://perspektive-online.net/2021/02/koeln-beschliesst-aufloesung-aller-gefluechtetenlager-nach-erneutem-corona-ausbruch/>
- Peterson, G., Cumming, G., & Carpenter, S. (2003). Scenario Planning: A Tool for Conservation in an Uncertain World. Conservation Biology 17(2), 358-366. Abgerufen 20.10.2020, von https://training.fws.gov/courses/alc/alc3194/resources/publications/scenario-planning/Peterson_et_al_2003.pdf
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. (2020). Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechts extremismus und Rassismus. Abgerufen 01.03.2021, von <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf>
- Pro Asyl. (2020). Nach Sachsen jetzt das VG Münster: Infektionsschutz gilt auch für Geflüchtete! Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.pro-asyl.de/news/nach-sachsen-jetzt-das-vg-muenster-infektionsschutz-gilt-auch-fuer-gefluechtete/>
- Pulrang, A. (2020). The Disability Community Fights Deadly Discrimination Amid The COVID-19 Pandemic. Abgerufen 20.12.2020, von <https://www.forbes.com/sites/andrewpulrang/2020/04/14/the-disability-community-fights-deadly-discrimination-amid-the-covid-19-pandemic/?sh=7849b3e309ce>
- Redaktionsnetzwerk Deutschland. (2021). Asylbewerber bekommen keine kostenlosen FFP2-Masken vom Bund. Abgerufen 25.02.2021, von <https://www.rnd.de/politik/keine-kostenlosen-ffp2-masken-fur-asylbewerber-vom-bund-ZBTQJYEHYTXJ4E47GHARO5TI6M.html>
- RKI. (2021). Beschluss der STIKO zur 2. Aktualisierung der COVID-19-Impfempfehlung. Epidemiologisches Bulletin, 5/2021, Berlin. Abgerufen 08.02.2021, von https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2021/Ausgaben/05_21.pdf?__blob=publicationFile

- Rude, B. (2020). Covid-19: Corona als Brennglas vorhandener Problematiken. Abgerufen 05.02.2021, von <https://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/gefluechtete-kinder-und-covid-19-corona-als-brennglas>
- Safuta, A. & Noack, K. (2020). A magnifying glass for precarity and unfulfilled care needs. Abgerufen 14.12.2020, von <https://www.fes.de/e/a-magnifying-glass-for-precarity-and-unfulfilled-care-needs>
- Schreyer, F., & Bauer, A. (2021). Ausbildung während der Pandemie: Junge Geflüchtete brauchen mehr denn je professionelle Unterstützung. Abgerufen 06.03.2021, von <https://www.iab-forum.de/ausbildung-waehrend-der-pandemie-junge-gefluechtete-brauchen-mehr-denn-je-professionelle-unterstuetzung/>
- Schwarz, L., Anger, S., Leber, U. (2020). Berufsorientierung durch Schulen und Arbeitsagenturen ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders wichtig. Abgerufen 06.03.2021, von <https://www.iab-forum.de/berufsorientierung-durch-schulen-und-arbeitsagenturen-ist-fuer-jugendliche-mit-migrationshintergrund-besonders-wichtig/>
- Schwartz, P. (1991). The Art of the Long View: Planning for the Future in an Uncertain World. New York: Doubleday.
- Shell International BV. (2013). New Lens Scenarios: A shift in Perspective for a World in Transition. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.shell.com/content/dam/royaldutchshell/documents/corporate/scenarios-newdoc.pdf>
- Statistisches Bundesamt. (2020a). Migration und Integration: Schutzsuchende nach dem Ausländerzentralregister. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Methoden/Erlauterungen/schutzsuchende.html>
- Statistisches Bundesamt. (2020b). Starker Rückgang der registrierten Zu- und Fortzüge im 1. Halbjahr 2020 [Press release]. Abgerufen 20.10.2020, von https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20_384_12411.html
- SVR. (2012). Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.svr-migration.de/publikationen/jahresgutachten-2012-mit-integrationsbarometer/>
- SVR. (2019). Bewegte Zeiten: Rückblick auf die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Abgerufen 20.10.2020, von https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2019/05/SVR_Jahresgutach

[ten_2019.pdf](#)

- Taz Talk #31 meets DeZIM. (2020). Geflüchtete in der (Corona-) Krise. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.youtube.com/watch?v=k1OvPcjBb78&t=3s>
- Taz Talk #35 meets DeZIM. (2020). Die anderen Risikogruppen: Rassismus und Corona. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.youtube.com/watch?v=zqErt2kzCi8>
- UN News. (2020). From the field: COVID-19 restrictions leave migrant workers stranded. Abgerufen 06.03.2021, von <https://news.un.org/en/story/2020/06/1066092>
- UNDP. (2020). Gender-based violence and COVID-19. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.undp.org/content/undp/en/home/library-page/womens-empowerment/gender-based-violence-and-covid-19.html>
- UNESCO. (2020). Addressing the gender dimensions of COVID-related school closures. UNESCO COVID-19 Education Response. Education Sector Issue Note N° 3.1 – August 2020. Abgerufen 04.01.2021, von <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000373379>
- UNHCR. (2020). Refugee children hard hit by coronavirus school closures. Abgerufen 30.11.2020, von <https://www.unhcr.org/news/stories/2020/5/5eb94dd14/refugee-children-hard-hit-coronavirus-school-closures.html>
- UN Women. (2020). Women with disabilities in a pandemic (COVID-19). Abgerufen 13.02.2021, von <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2020/04/policy-brief-women-with-disabilities-in-a-pandemic-covid-19>
- Veit, W. (2016). Scenario Planning: Methodological Outline.
- --- (2018). Scenario Building as an Instrument for Strategic Foresight. In M. Böckenforde & E. Braune (Eds.), Prospective Migration Policy – Scenario Building on Relations Between West Africa and Europe Bilingual Edition: English-French (Global Dialogues 15). Abgerufen 20.10.2020, von https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00044883/Bockenfoerde_Braune_Prospective_Migration_Policy_GD_15.pdf
- Volknant, P. (2020). “Ich bete jeden Tag, dass es mich nicht erwischt“ Was die Pandemie für undokumentierte Migranten bedeutet. Der Tagesspiegel. Abgerufen 17.12.2020, von <https://m.tagesspiegel.de/berlin/>

[ich-bete-jeden-tag-dass-es-mich-nicht-erwischt-was-die-pandemie-fuer-undokumentierte-migranten-bedeutet/26642734.html](https://www.sswm.info/planning-and-programming/decision-making/situation-and-problem-analysis/scenario-building)

- Widler, S. (2019). Factsheet Scenario Building. SSWM. Abgerufen 20.10.2020, von <https://sswm.info/planning-and-programming/decision-making/situation-and-problem-analysis/scenario-building>
- Woitsch, K. (2021). Gratis-FFP2-Masken nun auch für Asylbewerber ausgegeben. Abgerufen 05.02.2021, von: <https://www.merkur.de/bayern/bayerns-neue-verteilungsfrage-zr-90174379.html>
- Zimmer, C., Corum, J., & Wee, S.L. (2020). Coronavirus Vaccine Tracker. Abgerufen 20.10.2020, von <https://www.nytimes.com/interactive/2020/science/coronavirus-vaccine-tracker.html>
- Zivkovic, O. (2021). Refugees and undocumented migrants must be vaccinated, NGOs warn. Abgerufen 05.02.2021, von <https://www.dw.com/en/refugees-and-undocumented-migrants-must-be-vaccinated-ngos-warn/a-56664623>

Autorinnen:

Prof. Dr. Petra Bendel ist Professorin für Politische Wissenschaft, Leiterin des Forschungsbereichs Migration, Flucht und Integration (MFI) am Institut für Politische Wissenschaft (IPW) der FAU und fungiert als Vorsitzende des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR).

Yasemin Bekyol ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projekts und Doktorandin am MFI.

Marlene Leisenheimer studiert Theater- und Medienwissenschaft sowie Politikwissenschaft und ist studentische Hilfskraft am MFI.

Gestaltung:

Dorsa Javaherian ist Designerin und arbeitet an den Schnittstellen von Design, Gemeinschaftsbildung (Community Building) und Inklusion.

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von dieser Arbeit ist auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet.

Herausgeberin:

Prof. Dr. Petra Bendel

Forschungsbereich Migration, Flucht und Integration

Institut für Politische Wissenschaft

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Bismarckstraße 1

91054 Erlangen

© MFI, Erlangen, 2021

Diese Studie wurde gefördert durch die Stiftung Mercator.